E&W

Erziehung & Wissenschaft 12/2019
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

Lernen im Netz

Foto: Claudia Höhne/Körber-Stiftung

JULIA ANDRÉ

Es geht um mehr als Technik

Was machen Sie, wenn Sie ein Rezept ausprobieren, Ihr neues Handy in Betrieb nehmen, mehr über ein unbekanntes Reiseziel oder die historischen Hintergründe der neuesten Netflix-Serie herausfinden wollen? Richtig, Sie gehen ins Netz. Im Netz nach Informationen, nach Anleitungen, nach Erklärungen zu suchen, ist für uns alle mittlerweile selbstverständlich. Was folgt daraus für unsere Bildungseinrichtungen? Zunächst vor allem, dass es ebenso unsinnig wie aussichtslos wäre, das Netz als gigantischen Lern- und Wissensraum zu ignorieren. Aber: Lernen im Netz heißt nicht Verlagerung, sondern Veränderung von Lernen. „Pädagogik vor Technik", dieses verführerische Diktum suggeriert, dass man das eine – die Pädagogik – vom anderen – der Technik – säuberlich trennen könne. Das Medium ist aber mitnichten ein neutrales Vehikel, wie wir seit Marshall McLuhan wissen. Es beeinflusst Gegenstand und Prozess des Lernens. Wenn wir diese Wechselwirkungen ausblenden, landen wir bei einer „palliativen Didaktik" (Axel Krommer): der bloßen Ummantelung alten Unterrichts mit neuer Technik.

Die Tragweite der digitalen Transformation und ihre Konsequenzen für zeitgemäßes Lehren und Lernen bekommen wir nur in den Blick, wenn wir sie nicht auf neue technische Möglichkeiten reduzieren, sondern als grundlegenden Wandel hin zu einer (auch unser analoges Miteinander prägenden) Kultur der Digitalität (Felix Stalder) verstehen. Deren wesentliches Signum ist die neue Unübersichtlichkeit: Uns steht täglich mehr Wissen zur Verfügung, aber keine verlässliche Instanz mehr, die die wachsende Informationsfülle für uns filtern, prüfen und sortieren würde.

Wissensbestände zugänglich zu machen, ist seit ihren Anfängen der zentrale Auftrag – und das Monopol – von Bildungseinrichtungen gewesen. Mit der steten Verfügbarkeit von Wissen im Netz ist dieses Monopol endgültig gefallen. Wenn wir über digitale Bildung – oder besser: Bildung unter den Bedingungen der Digitalität – diskutieren, geht es folglich um nicht weniger als die Frage, wie wir das Kerngeschäft neu justieren. Wie das aussehen könnte? Hier drei Vorschläge zur Diskussion:

Grundlagen sichern. Der Versuch, die gegenwärtige Wissensexplosion durch immer mehr Stoff oder gar neue Fächer zu beherrschen, ist hoffnungslos zum Scheitern verurteilt. Mehr denn je besteht die pädagogische Verantwortung darin, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Statt Lehrpläne weiter aufzublähen, brauchen wir eine verbindliche Verständigung über die elementaren Grundlagen: Was müssen alle (wirklich alle) verlässlich wissen und können? Mit Blick auf Schule gehören dazu sicher die traditionellen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sowie fachliche „Schlüsselkonzepte" (Anne Sliwka).

Denken lernen. Auf diesem Fundament gesicherten Wissens und Könnens kann das „Denken lernen" (Jürgen Kaube) in den Mittelpunkt des pädagogischen Tuns rücken. Je unübersichtlicher die Wissensbestände sind, desto wichtiger wird es, anhand exemplarischer Fragestellungen die Fähigkeit einzuüben, sich Wissen selbstständig anzueignen, es zu befragen und einzuordnen, darin Zusammenhänge zu erkennen und neue Verknüpfungen herzustellen.

Vernetzt agieren. Wissen in einer (digital) vernetzten Welt ist verteiltes, dynamisches Wissen. Es gehört nicht einzelnen, sondern entsteht und wächst im Austausch und in der Zusammenarbeit mit anderen. Komplexe Probleme wird nur lösen, wer sich auf andere beziehen, mit Kritik und Feedback umgehen, Kompromisse aushandeln und gemeinsam mit Dritten agieren kann.

Nichts davon ergibt sich von selbst – auch und gerade nicht im Netz. Für all das braucht es mehr denn je konzise Konzepte und vor allem: gute Pädagoginnen und Pädagogen.

Julia André,
Leiterin des Bereichs Bildung der Körber-Stiftung

Inhalt

Gastkommentar
Es geht um mehr als Technik — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Lernen im Netz
1. Thüringer Pilotschule setzt den Digitalpakt um: Einfach machen — Seite 6
2. Interview mit IT-Rechtsanwalt Roman Pusep: „Juristisch auf dünnem Eis“ — Seite 10
3. Medientechnik in der Grundschule: Stift, Kleber, Schere, Tablet — Seite 12
4. Sollten digitale Medien schon in der Kita eingesetzt werden?: Trial and error — Seite 14
5. Digitalisierung an der Uni hat Potenzial nach oben: Interaktiver und diskursiver — Seite 16
6. #Twitterlehrerzimmer – Eine bessere Lehrerin dank Twitter — Seite 18
7. Digitalpakt reicht nicht für alle Schulen: 21 statt 5,5 Milliarden Euro — Seite 20

Tarifpolitik / Jugendhilfe und Sozialarbeit
Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2020: Türöffner Gesundheitsschutz — Seite 22

Berufliche Bildung / Weiterbildung
1. DGB-Ausbildungsreport 2019: Behandelt wie Idioten — Seite 24
2. GEW-Herbstakademie: Die Schuldenbremse ist eine Bildungsbremse — Seite 42

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Faire Weihnachten! — Seite 25

Bildungspolitik
1. IQB-Bildungstrend: Stabil verbesserungswürdig — Seite 26
2. Reform des Bildungs- und Teilhabepakets: Viel Bürokratie, wenig Teilhabe — Seite 38

Gesellschaftspolitik
1. GEW-Kommentar von Olaf Schäfer: „Pädagogik politisch begreifen“ — Seite 27
2. GEW-Tagung „Haltung zeigen!“: Stark gegen rechts! — Seite 40

Jugendhilfe und Sozialarbeit
1. Ländermonitoring Frühkindliche Bildung: Eine kriechende Aufwärtsbewegung — Seite 28
2. Schulsozialarbeit: Aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken — Seite 30

Hintergrund: Lobbyismus und Schule
1. Schulwerbefilme für Google & Co.: „Keine Dienstpflichtverletzungen erkennbar“ — Seite 32
2. Interview mit Prof. Tim Engartner: „Brainwashing in Reinkultur“ — Seite 34
3. Qualitätsprüfung von Unterrichtsmaterial: Neustart für den Materialkompass — Seite 36

Hochschule
Hochschulleitungen verteidigen die „Bayreuther Erklärung“: Unendlich befristet? — Seite 37

Internationales
US-Lehrergewerkschaft NEA wächst: Gewerkschaftsfeindlicher Angriff abgewehrt — Seite 43

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz: Lohnende Investitionen — Seite 44

Leserforum — Seite 45

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

„Students for Future“

Im Rahmen der weltweiten Klimabewegung „Fridays for Future“ organisierten Studierende Ende November eine Klimastreikwoche. Unter dem Motto „Public Climate School“ protestierten sie an den Hochschulen unter anderem gegen die Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung. Das vom Deutschen Bundestag Mitte November beschlossene Klimapaket sei „in jeder Hinsicht völlig unzureichend“, hieß es in dem Aufruf. Die GEW solidarisiere sich mit den Studierenden, erklärte Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung. „An den Hochschulen wird Wissen für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung von morgen geschaffen, Fachleute für Industrie, Dienstleistungen und Bildung werden hier ausgebildet. Studierende und Hochschulbeschäftigte sind daher besonders gefordert, sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen und sich der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft zu stellen.“ Bund und Länder müssten auch nach dem Wegfall der Hochschulbaumittel ab 2021 für eine ausreichende Finanzierung von Investitionen sorgen (s. auch Kommentar S. 27, weitere Informationen: https://studentsforfuture.info).

Gemeinsam gegen Schuldenbremse

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordern gemeinsam von der Bundesregierung ein auf mehrere Jahre angelegtes Programm für deutlich höhere öffentliche und private Investitionen. In einer gemeinsamen Studie haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf errechnet, dass mit insgesamt 450 Milliarden Euro bis 2030 nicht nur der Investitionsstau in den Kommunen aufgelöst werden könnte, sondern auch dringend nötige Fortschritte in der Qualität des Bildungssystems, bei Daten- und Verkehrsnetzen sowie der Dekarbonisierung des Landes erzielt würden. Dazu sei es allerdings notwendig, die Regelungen zur Schuldenbremse „so schnell wie möglich zu modifizieren“, um den notwendigen Spielraum für Kredite zu ermöglichen. Bis dahin sollten Freiräume im Rahmen der aktuell geltenden Gesetze zur „Schuldenbremse“ genutzt werden, etwa durch einen Extrahaushalt.

Mehr Einschulungen

Die Zahl der Erstklässlerinnen und Erstklässler in Deutschland ist erneut gestiegen. Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2019/20 wurden in Deutschland 733.000 Kinder eingeschult. Das waren 4.600 oder 0,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen weiter mitteilte, ist die Zahl der Einschulungen in Hamburg (+3,4 Prozent) und Berlin (+3,2 Prozent) am stärksten gestiegen. Damit setzt sich der seit dem Schuljahr 2016/17 zu beobachtende Anstieg der Zahl der Einschulungen fort. Allerdings verzeichnen einige Bundesländer sinkende Einschulungszahlen. Den größten prozentualen Rückgang mit 5 Prozent gab es in Schleswig-Holstein.

Von allen neu eingeschulten Kindern waren 48,6 Prozent Mädchen. Das Geschlechterverhältnis in Grundschulen (49,1 Prozent Mädchen), Integrierten Gesamtschulen (49,2 Prozent Mädchen) und Freien Waldorfschulen (50,4 Prozent Mädchen) war weitgehend ausgeglichen; in Förderschulen wurden dagegen deutlich mehr Jungen als Mädchen (67,9 Prozent) eingeschult. Dieses Ungleichgewicht im Geschlechterverhältnis an Förderschulen sei, so das Statistische Bundesamt, bereits seit Jahrzehnten zu beobachten.

Auslandsschulen müssen attraktiver werden

Der Deutsche Bundestag hat einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur Unterstützung der 140 Deutschen Auslandsschulen beschlossen. Inklusion, berufliche und frühkindliche Bildung sollen stärker gefördert und die Attraktivität der Auslandsschulen, die unter Lehrkräftemangel leiden, verbessert werden. Die GEW begrüßt, dass sich der Bundestag dafür einsetzt, die Auslandsschulen attraktiver zu machen. Gleichzeitig kritisierte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe den Beschluss als unzureichend. „Interkulturelles Lernen und die Vermittlung demokratischer Werte sind zentrale Aufgaben der Deutschen Auslandsschulen“, sagte Tepe. „Dazu findet sich in dem Bundestagsbeschluss leider nichts.“ Auch auf die Arbeitssituation der Lehrkräfte geht der Beschluss nicht ein. Zwar werde betont, dass Lehrkräfte der wichtigste Pfeiler für die Qualität der Auslandsschulen sind. Nicht erwähnt werde jedoch, dass die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse seit Jahren zunimmt. „Um die Auslandsschulen attraktiver für Lehrkräfte zu machen, müssen die Arbeitsbedingungen stimmen“, stellt Tepe fest. „Dazu gehören gute Bezahlung, sichere Altersversorgung, ein Recht auf Teilzeitarbeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Außerdem fehlt den Auslandsschulen eine Personalvertretung mit echten Beteiligungs- und Schutzrechten, wie sie zur deutschen Schulkultur gehört.“

Plaßmanns Rückblick

Und schon wieder ist ein Jahr (fast) vorbei. Karikaturist Thomas Plaßmann, dem die E&W zahlreiche treffende Zeichnungen verdankt (s. „Diesmal“, S. 48), blickt in „Unterm Strich“ humorvoll und pointiert auf das Jahr 2019 zurück.

Thomas Plaßmann: Unterm Strich, Klartext-Verlag, Essen 2019, 128 Seiten

Mitmachen lohnt sich ...

... mit jedem neu geworbenen GEW-Mitglied können Sie andere aktiv unterstützen.*

Prämie des Monats Dezember:

30-Euro-Spende

Eine Spende in Höhe von 30 Euro für die GEW-Stiftung „fair childhood“ oder den Heinrich-Rodenstein-Fonds für verfolgte Gewerkschafter*innen

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

HEINRICH RODENSTEIN FONDS e.V.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Dezember 2019/Spende

Einfach machen

// Mit dem milliardenschweren Digitalpakt sollen Deutschlands Schulen besser für das 21. Jahrhundert ausgestattet werden. Doch beim Aufbau von Technik und Medien werden die Lehrkräfte kaum mitgenommen. Wie ein hauseigener Digitalpakt trotzdem gelingen kann, demonstriert die Goethe-Schule in Schleiz, die zu den 20 „Digitalen Pilotschulen“ in Thüringen gehört. //

Das Herz der Digitalisierung der Goethe-Schule Schleiz schlägt auf dem Dachboden. Unter dem Holzgebälk der thüringischen Gründerzeitschule wurde eine Wand maigrün gestrichen, als „Greenscreen“ für ein Fernsehstudio, in dem Jugendliche Nachrichten aus dem Schulleben aufnehmen. Ihr Titel: GNTN. Goethes Neuste Top News. In den grünen Hintergrund der Ansager bauen die Fernsehmacher per Computer Fotos und Videos ein. Die Beiträge können sich die Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler auf ihren Tablets ansehen, von denen jeder an der Schule eins hat – rund 220 iPads insgesamt.

„Einfach machen“ könnte über dem Eingang der Schleizer Schule stehen. „Wir probieren viel aus – und verwerfen manches wieder“, erzählt Schulleiter Toralf Hieb, ein wortgewandter, zupackender Mathe- und Physiklehrer, der seit 1989 an der Schule unterrichtet und sie seit 2012 leitet. Heute ist sie nicht nur eine von 20 „Digitalen Pilotschulen“ in Thüringen, sie ist auch bundesweit eine Wegbereiterin im Umgang mit Tablets und WLAN im Klassenzimmer, mit digitalem Notenbuch und interaktiven Arbeitsblättern. Der Digitalpakt kommt Schulleiter Hieb gerade recht: Er will vor allem Geld für bessere Studiotechnik beantragen. Zudem hofft er auf einen Glasfaseranschluss im nächsten Jahr, damit manches noch schneller geht.

An der Goethe-Schule wurde das Ende der Kreidezeit 2013 eingeläutet. Damals kam Florian Rau an die Schule, ein Referendar aus dem nahen Oberfranken. Der heute 36-Jährige hat in Jena studiert, er will etwas bewegen und begeistert sich für digitale Technik. Für den Wunsch, iPads einzuführen, berief er damals einen Elternabend ein und erntete Zustimmung. Im Sommer 2013 fanden sich in der Klassenstufe 7 erste Tablet-Klassen zusammen. Für den Einstieg in die neue Zeit nahm der Förderverein einen Kredit auf, bezahlt wurden die Tablets von den Eltern, denn das Budget der Schule reichte dafür nicht aus. Die Idee setzte sich nach und nach durch, mittlerweile arbeiten alle 7. bis 10. Klassen und alle Lehrkräfte mit Tablets. Die Apps und ihre Nutzung werden über den Administrator der Schule verwaltet, bei dem die Geräte angemeldet werden.

iPad kein Ersatz für Pädagogik

Rau sitzt am Lehrertisch vor einer 9. Klasse, eine Schülerin schiebt die alte grüne Kreidetafel nach unten. Dahinter kommt ein riesiger 65-Zoll-Bildschirm zum Vorschein. Raus Finger fliegen über sein Tablet, er verbindet sich drahtlos mit dem großen Monitor in seinem Rücken und startet eine der vielen Apps, die auch die Schülerinnen und Schüler haben. Mit Google-Earth können sie die Erde erkunden, mit dem „Geotrainer“ einen Vulkanausbruch simulieren. Rau, begeisterter Geografielehrer, schiebt mit den Fingern die Plattentektonik auseinander und verändert den unterirdischen Lavastrom. „Mit dem iPad kann man jeden Fachunterricht gestalten“, sagt er. „Das Internet ist voll von Lern-Apps für jede Schulart, jedes Fach und jedes Alter.“ Von seinem Gerät aus kann der Lehrer die Tablets der Schüler ansteuern, sie auf die große Monitor-Tafel rufen oder auf eine App festlegen, sodass sie keine andere Anwendung nutzen können.

„Die Kolleginnen und Kollegen entscheiden selbst, wofür sie die Tablets einsetzen“, sagt Schulleiter Hieb. Die Anwendungen sind vielseitig. Mit Apps kann in Teams und Projekten gelernt werden, ältere Schülerinnen und Schüler können jüngeren etwas beibringen. Manchen Lernstoff eignen sich die Jugendlichen inzwischen selbst an – in der Schule werden vor allem Fragen besprochen und Übungen gemacht. „So kann man sehr gut nach dem Lernstand differenzieren“, sagt Hieb. Hausaufgaben lässt er sich manchmal zu einem festen Termin auf seinen Account schicken. Das iPad ist ihm dabei aber kein Ersatz für gute Pädagogik: „Wenn ich keine Diszi-

Lernen im Netz

Foto: Sebastian Willnow

An der Goethe-Schule im thüringischen Schleiz gehören Tablets zum Unterrichtsalltag. Manchen Lernstoff eignen sich die Jugendlichen inzwischen selbst an – in der Schule werden vor allem Fragen besprochen und Übungen gemacht.

plin in der Klasse habe, habe ich sie mit iPads auch nicht."

Fortbildungen nötig

Was in Schleiz mit viel Elan gelingt, ist noch lange kein Standard in Deutschland. Nach unterschiedlichen Studien hat nur etwa ein Drittel der Schulen schnelles Internet und WLAN in den Klassen- und Fachräumen. Mit großen Investitionen in Infrastruktur und Lehrkräftebildung allein ist es dabei nicht getan, betont Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied für Schule. Digitale Medien führten nur dann zu einem pädagogischen Mehrwert, wenn sie sinnvoll in ein gutes Unterrichtskonzept mit dem Primat der Pädagogik eingebunden seien. „Technologie ist kein Ersatz für gut ausgebildete Lehrkräfte", betont Hoffmann. Zugleich warnt sie vor einer Hegemonie internationaler Konzerne an Schulen. „Wir wollen nicht, dass die Digitalindustrie den Schulen Konzepte überstülpt." (s. S. 32 f.)

Wenn dabei Lehrkräften mangelnde Bereitschaft unterstellt werde, sich >>>

>>>

Fotos: Sebastian Willnow

Schulleiter Toralf Hieb unterrichtet seit 1989 an der Goethe-Schule in Schleiz und gehört zu den Pionieren des digitalen Lernens in Thüringen.

„Rudimentäre“ digitale Kompetenz

Mit dem im Mai dieses Jahres in Kraft getretenen DigitalPakt Schule** sollen die Schulen in Deutschland beim Ausbau der digitalen Infrastruktur unterstützt werden. Der Bund wird den allgemeinbildenden Schulen in den kommenden fünf Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro bereitstellen, davon 3,5 Milliarden noch in dieser Legislaturperiode. Die Länder bringen zusätzlich einen finanziellen Eigenanteil in Höhe von 10 Prozent ein. Für Support und Weiterentwicklung werden allerdings weitere Gelder benötigt. Die Länder haben bereits deutlich gemacht, dass sie die Anschlussfinanzierung allein nicht stemmen können. Die GEW hat Empfehlungen zur Umsetzung des Digitalpaktes in den Ländern formuliert, die unter anderem das Prinzip der Lernmittelfreiheit bei der Anschaffung der Geräte sowie die Notwendigkeit ausreichender Fortbildung für die Lehrkräfte betonen***.

Wie wichtig Investitionen in die digitale Lernkultur sind, zeigt die Schulleistungsstudie ICILS („International Computer and Information Literacy Study“) 2018****, für die mehr als 3.500 Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen in Deutschland getestet und zusätzlich befragt wurden. Sie mussten zum Beispiel am Computer Bilder bearbeiten oder Präsentationen und Grafiken erstellen, simulierte Internetrecherchen durchführen oder sich in komplexeren Computersimulationen zurechtfinden, wie der Steuerung einer Drohne oder eines Schulbusses.

Im Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 2013 haben sich die Ergebnisse kaum verändert. Jeder dritte deutsche Schüler besitzt demnach lediglich „rudimentäre“ Computerkenntnisse, kann also zum Beispiel einen Link in einer E-Mail öffnen oder ein Wort in einem Textverarbeitungsprogramm korrigieren; an komplexeren Aufgaben aber scheiterten viele. Weiterhin ist der Anteil der Achtklässlerinnen und Achtklässler, der Kompetenzen im Bereich der höchsten Stufe erreicht, im internationalen Vergleich gering. An der Erhebung nahmen neben Deutschland auch Chile, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Kasachstan, Luxemburg, Portugal, Südkorea, Uruguay und die USA teil.

Die Leiterin der Studie für Deutschland, Prof. Birgit Eickelmann von der Universität Paderborn, bezeichnete es als besorgniserregend, dass im Bereich der digitalen Bildung die soziale Herkunft großen Einfluss auf den Kompetenzstand habe. „Dass der Geldbeutel der Eltern entscheidet, ob man in der digitalen Welt mithalten kann oder nicht, ob man einen Arbeitsplatz findet, der den eigenen Wünschen entspricht, ob man merkt, was im Internet Propaganda ist und was nicht – da hat man Sorge, was die Stabilität der Gesellschaft angeht“, sagte sie bei der Vorstellung der Ergebnisse.

jam

mit technischen Innovationen auseinanderzusetzen, greife diese Argumentation viel zu kurz. Bei einer repräsentativen GEW-Befragung im Sommer 2018 zeigte sich, dass die Schulen selbst bei der Digitalisierung schlecht aufgestellt sind*. „82 Prozent der Befragten mahnten die Verbesserung der digitalen Ausstattung an“, so Hoffmann. Besonders dringlich seien die Wartung und Betreuung. Zugleich betonten 85 Prozent, dass Fortbildungen dringend nötig seien. Gebraucht würden dafür neben zeitlichen Ressourcen vor allem Angebote, die auf die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen zugeschnitten seien, betont die Schulexpertin.

Dass der Weg zur Digitalisierung nicht immer leicht ist, haben sie auch an der Goethe-Schule erlebt: Manches Mal sind sie in eine Sackgasse geraten und mussten wieder kehrtmachen. Am Anfang ihres digitalen Zeitalters zum Beispiel haben sie ein Whiteboard angeschafft, das als Tafel und Bildschirm diente. „Das haben wir wieder rausgeschmissen“, sagt Hieb. Es sei überteuerte Technik, die wenig nutze: „Einer macht was vor – die anderen 27 gucken zu.“ Große Monitore seien deutlich günstiger, interaktiver und effektiver.

Früher haben sie auch mit digitalen Schulbüchern gearbeitet. Aber die Zeiten sind vorbei, PDFs seien zu statisch, man müsse ständig zwischen Apps hin- und herwechseln, erzählt Hieb.

Taschenrechner sind tabu

Eine Viertelmillion Euro, schätzt der Schulleiter, haben Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Förderverein, Sponsoren und die Schule für ihren hauseigenen Digitalpakt seit 2013 bewegt. Ein immenser Kraftakt. Warum tut er sich und seinem Kollegium das an? „Mit den Methoden von gestern kann ich nicht auf das digitale Leben von morgen vorbereiten“, sagt Hieb. Tugenden wie eine gute Handschrift und Kopfrechnen werden trotzdem gepflegt. „Wir schreiben viel mit der Hand“, betont Hieb. Taschenrechner wurden von den Tablets verbannt – zu verführerisch. „Manches“, sagt Hieb, „hat sich für uns einfach nicht bewährt.“

Um Neues zu entdecken, sind die Schleizer viel unterwegs, tauschen sich mit bundesweiten Vorreitern der Digitalisierung aus, wie der Waldschule Hatten und dem Büro „Mobiles Lernen Oldenburg“, der Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule in Karlsruhe und der Realschule Gauting bei München. Auf zentrale Fortbildungen werden die knapp 30 Kolleginnen und Kollegen aber nicht geschickt. Sie wählen eigenverantwortlich Kurse aus, die für sie passen.

Gerade bei der Fort- und Weiterbildung sieht auch Kai-Thorsten Buchele einen Schwachpunkt des Digitalpakts. Er leitet das Institut für Demokratie und Medienkompetenz in Leipzig und begleitet bundesweit Schulen bei Projekten. Der Digitalpakt, sagt er, komme ihm vor wie ein Wirtschaftsförderprogramm. „Man vergisst dabei, die Lehrkräfte mitzunehmen“, sagt Buchele. Viele Lehrerinnen und Lehrer seien durchaus ambitioniert und keineswegs hilflos – aber mitunter auch überfordert. „Es gibt viel Geld für Medientechnik, aber wenig für Medienpädagogik. Flächendeckende Fortbildung findet kaum statt.“ Dabei gehe es gerade um neue pädagogische Wege, den Lehrplan und schulische Inhalte mit digitalen Medien umzusetzen und die Medienkompetenz aller Beteiligten zu stärken. „Der Digitalpakt sagt nichts dazu“, so Buchele, „welches Medium sinnvoll ist und wo man es am besten einsetzen kann.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

***Die GEW-Mitgliederbefragung „Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen“ finden Sie auf der GEW-Website unter: www.gew.de/befragung-digitale-schulen**
****www.digitalpaktschule.de**
*****www.gew.de/bildung-digital/digitalpakt-schule**
******bit.ly/icils-bericht2018**

„Mit dem iPad kann man jeden Fachunterricht gestalten“, sagt Geografielehrer Florian Rau. Von seinem Gerät aus kann Rau die Tablets der Schüler ansteuern, sie auf die große Monitor-Tafel rufen oder auf eine App festlegen, sodass sie keine andere Anwendung nutzen können.

„Juristisch auf dünnem Eis“

// Roman Pusep, Fachanwalt für IT-Recht in Köln, über rechtliche Fallstricke und Lösungen im Umgang mit WLAN und Tablets an Schulen. //

E&W: Was müssen Schulen aus rechtlicher Sicht beachten, wenn sie offene WLAN-Netze aufbauen und Tablets einführen?

Roman Pusep: Dahinter stehen vor allem Fragen der Haftung und des Datenschutzes. Gerade öffentliche Einrichtungen haben eine besondere Verantwortung bei der Zulässigkeit und Nachvollziehbarkeit von Datenverarbeitungsprozessen. Leider gibt es für die Umsetzung aller innovativen und technisch anspruchsvollen Lösungen – trotz des Digitalpaktes der Bundesregierung – bisher keinen klaren, rechtssicheren Weg und keine zentrale Anlaufstelle. Die Schulen bewegen sich da juristisch auf dünnem Eis.

E&W: Was wäre der sicherste Weg?

Pusep: Der rechtlich sicherste Weg wäre wohl der Verzicht. Aber digitale Abstinenz und kein Internet im Unterricht würden die Schulen um Jahrzehnte zurückversetzen, sie würden den Anschluss an die Wirklichkeit verlieren. Der rechtlich gangbare Weg ist daher, dass Schulen klare Regelungen über ihr WLAN treffen und – je nach Altersgruppe – mit allen Eltern und Schülern eindeutige Nutzungs- und Haftungsvereinbarungen treffen. Eine Zustimmung zu Nutzungsbedingungen, wie sie bei einem Gäste-WLAN üblich sind, wäre nur der Minimalkonsens.

Foto: imago images/Westend61

Schulen müssen beim Aufbau eines eigenen WLAN-Netzes und bei der Anschaffung von Tablets für den Unterricht besonders auf den Datenschutz achten. Vor allem die zahlreichen Apps, die die Internet-Konzerne anbieten, bergen Risiken.

E&W: Wie sieht die Haftung für Lehrerinnen und Lehrer aus?

Pusep: Für die Lehrkräfte gibt es bei der Haftung keine Risiken, solange sie im Auftrag der Schule handeln und sich an die Regeln und Weisungen halten. Die Verantwortung tragen die Schulen und die Schulträger. Dabei sollten sich die Schulen mit ihrem Schulträger und dem IT-Dienstleister, der sie betreut, abstimmen und Verträge oder Vereinbarungen treffen.

Foto: privat

Roman Pusep

E&W: Wie sollte der Umgang mit Tablets geregelt sein?

Pusep: Beschaffen Schulen Tablets selbst, was ich für den sichersten Weg halte, sollten sie ein paar Aspekte beachten. So sollten Gesichtserkennung und Fingerabdrücke ebenso ausgeschlossen sein wie Tracking-Funktionen, um Nachverfolgungen zu verhindern. Ähnliches gilt für Kamera- und Mikrofonfunktionen. Stellen Sie sich nur vor, jemand Drittes greift von außen auf Geräte zu, die bei Schülern im Zimmer liegen! Ein guter Weg wäre auch, nummerierte Tablets nur für einzelne Aufgaben zuzuweisen. So werden persönliche Daten und Kontrolle vermieden. Wenn die Familien die Tablets in Absprache mit der Schule selbst anschaffen, kann dagegen eine Vermischung entstehen, die kaum zu kontrollieren und zu regeln ist.

E&W: Was raten Sie bei der Auswahl der Apps?

Pusep: Einzelne Datenschutzbeauftragte der Länder haben Schulen bereits vor der Nutzung von Cloud-Angeboten wie von Microsoft Office, aber auch Apple- und Google-Cloud gewarnt. Denn wenn persönliche Daten der Schülerinnen und Schüler auf Konzernserver in die USA gehen, kann keiner kontrollieren, ob der Datenschutz beachtet wird. Es gibt aber viele sehr gute andere Lernangebote.

E&W: Geraten Schulen mit der Digitalisierung in eine Grauzone?

Pusep: Nicht ganz. In den Schul- und Datenschutzgesetzen der einzelnen Bundesländer sind bereits unterschiedliche Regelungen getroffen. Ganz wichtig ist, dass Schulen ihre digitale Struktur gründlich durchdenken. Juristische Fehler können passieren. Aber dann ist es entscheidend, dass die Schule nachweisen kann, dass sie sich um Rechtskonformität bemüht und Regelungen getroffen hat. Helfen kann dabei ein Fachanwalt für IT-Recht, der sich in den Regelungen des jeweiligen Bundeslandes auskennt.

Interview: Sven Heitkamp, freier Journalist

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Kranken-versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Besonders als **Lehramts-anwärter/-in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erst-klassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **www.DBV.de**.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

An der Rosa-Luxemburg-Grundschule im brandenburgischen Potsdam wird Wert darauf gelegt, dass die Schülerinnen und Schüler auch mit den digitalen Lernmedien im Team arbeiten. Zum Beispiel wurde mit dem Tablet ein Stop-Motion-Film zum Thema Kinderrechte erarbeitet. Die Schule nimmt seit 2016 am Landesprogramm „medienfit“ teil, das Einrichtungen mit Computer- und Medientechnik ausstattet.

Foto: picture alliance/Bernd Settnik/dpa-ZB

Stift, Kleber, Schere, Tablet

// Ob Raupen fotografieren oder Legofiguren in Szene setzen: Grundschulkinder können mit digitalen Medien tolle Erfahrungen sammeln. Aber für die Jüngsten braucht es eigene Konzepte. //

Wenn die Kinder in der 1. Klasse einen neuen Buchstaben lernen, drückt ihnen Grundschullehrerin Anke Leucht-Dobler ein Tablet in die Hand und schickt sie raus auf den Schulhof. A wie Ameise. Klick. Ast, Apfel, Auto: Je zu zweit fotografieren die Schülerinnen und Schüler alles, was sie mit dem Anfangsbuchstaben A finden können. Zurück im Klassenzimmer erstellen sie gemeinsam ein digitales Buch. „Das ist eine tolle Übung“, sagt die Lehrerin, die beim Landesmedienzentrum Baden-Württemberg für die Medienbildung in der Grundschule zuständig ist und an der Schillerschule in dem knapp zehn Kilometer südlich von Heidelberg gelegenen Walldorf unterrichtet. Natürlich, fügt sie hinzu, würden die Kinder neue Buchstaben auch weiterhin malen, ausschneiden, fühlen, kneten. „Digitale Medien sollen eine sinnvolle Ergänzung sein, kein Ersatz“, betont die Pädagogin. Wenn es um Tablets & Co. an Grundschulen geht, gibt es immer noch Skepsis. Viele Lehrkräfte und Eltern wehren erst einmal ab: „Digitale Medien an Grundschulen. Muss das sein?“

Ja, sagt Lehrerin Katja Kaden von der Rosa-Luxemburg-Schule in Potsdam. „Wir können die Kinder nicht alleine lassen in der medialen Welt.“ Schließlich gehören neue Medien längst zum Alltag der Mädchen und Jungen dazu, auch wenn in der Primarstufe die Mehrheit noch kein eigenes Handy besitzt. Allerdings macht die Pädagogin deutlich, dass an Grundschulen andere Regeln gelten. Ganz wichtig, betont Kaden, sei die Verknüpfung der realen mit der medialen Welt. Außerdem legt sie Wert darauf, dass die Kinder im Team arbeiten. Gut eignet sich ihrer Erfahrung nach, Schülerinnen und Schüler eigene Videos produzieren zu lassen. „Das fördert kooperatives Arbeiten.“

Die Kinder flitzen zum Beispiel mit einer Kamera durch die Schule und interviewen die Schulleiterin. Das Bild wackelt leicht, der Ton hallt. Klar ist: Bei den Videos zählt nicht der professionelle Anspruch, sondern die gemeinsame Aktivität. Negativ bei digitalen Medien sei die „passive Nutzerzeit“, erklärt Kaden. Davon kann in ihrer Schule keine Rede sein. Die Kinder filmen sich gegenseitig beim Plätzchenbacken, drehen Erklärvideos: Was ist ein Präteritum? Oder spielen mit Legofiguren die Geschichte von „Arthur und die Freunde der Tafelrunde“ nach, machen von jeder Szene ein Foto und fügen sie zu einem Stop-Motion-Film zusammen.

Tablets im Gepäck

Der Erziehungswissenschaftler Thomas Irion betont ebenfalls, dass sich der Einsatz digitaler Medien an Grundschulen

von der Sekundarstufe unterscheiden muss. So sei es zum Beispiel wenig sinnvoll, die Kinder eine Stunde lang im Computerraum vor den Bildschirm zu setzen. „Sie sollen gar nicht zu stark ins Medium abtauchen." Aktuell setze sich der Trend durch, an Grundschulen mit Tablets zu arbeiten. Die Geräte ermöglichten einen „nahtlosen Übergang" von Realerfahrungen zur Nutzung digitaler Medien, berichtet der Direktor des Zentrums für Medienbildung an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd. Wichtig sei, dass sich Tablets direkt in den Unterricht einfügten, analog zu Stift, Kleber und Schere.

Digitale Medien sollten keine realen Erlebnisse ersetzen, betont Irion. So sollten Klassen weiterhin Ausflüge in den Wald unternehmen, Kastanien und Blätter sammeln, Tablets im Gepäck. Damit könnten sie Bäume fotografieren und später die Arten recherchieren. Eine besondere Möglichkeit sei, multimediale Bücher selbst zu erstellen, so der Professor. Schon in der 1. Klasse könnten Kinder kurze Texte schreiben und Videos, Tonsequenzen oder Fotos hinzufügen. Davon profitierten besonders Schülerinnen und Schüler, die sich mit der Sprache etwas schwertäten. „Digitale Medien bieten eine neue Möglichkeit, die Gedanken festzuhalten" – und förderten Inklusion.

Die Angst der Lehrkräfte

Ob Kinder mit Tablets die Entwicklung der Raupe zum Schmetterling dokumentieren oder in Kostümen selbst ein Video zu einem Gedicht drehen, es gibt viele tolle Beispiele. „Ziel ist, dass digitale Medien in jeder Klassenstufe und in jedem Fach genutzt werden", sagt Lehrerin Leucht-Dobler. Leider fehle vielerorts noch die technische Ausstattung. Schulen könnten Tablets ausleihen, aber dadurch werde die Hürde höher. Und viele Lehrkräfte seien ohnehin zögerlich, was den Einsatz digitaler Medien angehe. „Wir versuchen, ihnen die Schwellenangst zu nehmen", sagt Leucht-Dobler. Zum Beispiel mit Minifortbildungen. An der Schillerschule ist mittwochs Medientag. Die Lehrkräfte können ohne Anmeldung im Mehrzweckraum vorbeischauen und in Kleingruppen den Umgang mit Tablets üben. Eine Einheit dauert 30 Minuten.

Damit hat auch die Rosa-Luxemburg-Schule gute Erfahrungen gemacht. Noch bis vor ein paar Jahren habe es an ihrer Schule das übliche Computerkabinett gegeben, berichtet Kaden, mit Schutzfolie auf der Tastatur. Die Mehrheit des Kollegiums habe der Nutzung digitaler Medien kritisch bis ablehnend gegenübergestanden. Bis die Schule gemeinsam mit der Uni Potsdam ein Konzept zur Mediennutzung entwickelte – und sich mit Geldern einer Stiftung eine Grundausstattung zulegte. „Wir haben drei Koffer bekommen", so die Lehrerin. „Zwei Koffer voller i-Pads und einen Koffer voller Probleme." Ein „kleines Team von Enthusiasten" habe sich fortgebildet – und in Minifortbildungen die Kolleginnen und Kollegen geschult. Wichtig sei dabei vor allem die Freiwilligkeit gewesen, betont Kaden. Inzwischen seien die Tablets fest im Unterricht verankert.

Wer sich darauf einlasse, meint auch Leucht-Dobler, entdecke schnell die Vorteile. So müssten Kolleginnen und Kollegen nicht mehr zum Kopierer laufen, eine Schwarz-Weiß-Folie erstellen und auf den Overheadprojektor legen, sondern brauchten nur den Visualizer anzuklicken. „Klar können sie auch im Stuhlkreis etwas der Klasse zeigen", sagt die Lehrerin, „aber nicht mit so einer guten Sicht und nicht so smart." Hinzu kommt: „Die Kinder finden es großartig und sind total motiviert." Damit sich der Effekt nicht abnutzt, gilt es jedoch, digitale Medien mit Bedacht einzusetzen. „Nur, wenn es wirklich passt."

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Akutklinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie

- Depressive Erkrankungen
- Folgeerkrankungen von chronischer Stressbelastung wie "Burnout", Schlafstörungen, Bluthochdruck, Kopf- und Rückenschmerzen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Angst- und Panikstörungen
- Somatoforme Störungen
- Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen
- Essstörungen

einzigartig
und individuell

Badstraße 28, D-88339
Bad Waldsee
Tel.: +49 (0) 7524 990222
www.vincera-klinik-bad-waldsee.de

VINCERA
KLINIK BAD WALDSEE

EINLEBEN

Wie viel soziale Herkunft steckt in Zukunft?

Digitales Lern- und Erfahrungsspiel für den Unterricht ab Klasse 10

EINLEBEN thematisiert soziale Herkunft, Zufriedenheit und Entscheidungsspielräume. Schülerinnen und Schülern begegnen typische Lebensereignisse im Alter zwischen 16 bis 30 Jahren. Sie treffen Entscheidungen, ob und welche Ressourcen sie bei diesen Ereignissen einsetzen wollen. Die Schülerinnen und Schüler lernen soziokulturelle Faktoren zu erkennen, eigene Entscheidungsspielräume auszuschöpfen, ihren persönlichen Zufriedenheitsbegriff zu definieren. boell.de/einleben

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Die grüne politische Stiftung
Schumannstr. 8
10117 Berlin
+49.30.2 85 34-0
boell.de

Trial and error

// Schon Dreijährige können mit Tablet und Smartphone umgehen, Erzieherinnen nutzen digitale Geräte ganz selbstverständlich im privaten Alltag. Sollten digitale Medien dann nicht auch in der Kita eingesetzt werden? //

Foto: imago images/Westend61

Das Internet erobert das Kinderzimmer. Heute ist bereits jeder zehnte Dreijährige in Deutschland zumindest ab und an online. Experten fordern daher mehr Medienkompetenz – für Kinder wie für Eltern. Mädchen und Jungen erst mit elf an Tablet und Smartphone zu lassen, ist aber genauso unsinnig, wie digitales Konsumfeuer für Zweijährige.

Wenn Benjamin Wockenfuß zum Workshop in Kitas geht, hört der Gründer des Medienkompetenz-Projektes DigiKids immer dieselben Fragen: Wann stören digitale Tools die Entwicklung von Kleinkindern, wann fördern sie diese? „Es kommt auf die Balance an“, antwortet Wockenfuß dann und nennt ein entscheidendes Kriterium: Was ist der Mehrwert eines „digitalen Impulses“? „Eine App für 2,99 Euro, mit der man Kreise und Quadrate in digitale Löcher ziehen kann, ist Unsinn.“ Beim Streichen über Glas fehlt das Gefühl der Kanten, beim Einsortieren von virtuellen Klötzen das Geräusch der fallenden Klötze. Ein Ausflug mit dem Tablet in den Wald dagegen, bei dem die Kids die Natur filmen, fotografieren und in der Kita daraus einen Film schneiden, lehrt sie analoge und digitale Welt zu verbinden.

Noch sind solche Lerneinheiten eine Ausnahme in den Kitas. Zwar ist digitale Medienkompetenz mittlerweile in fast allen Bundesländern in den Rahmenplänen für frühkindliche Bildung verankert. Mal mehr, wie in Bayern und Nordrhein-Westfalen, mal weniger, wie in Sachsen-Anhalt und Bremen. „Doch in vielen Einrichtungen ist digitale Bildung immer noch ein Randthema“, sagt Franziska Cohen, Erziehungswissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin (FU).

Lange galt digitale Bildung als Hype auf Tagungen und Kongressen. Müssen wir uns mal mit beschäftigen, wird schon wieder vorbeigehen. Das liege, so die Forscherin, vor allem an einer ambivalenten Einstellung gegenüber der Digitalisierung in der Gesellschaft, die sich in den Kitas widerspiegele. „Den einen gilt die Kita als Schonraum, in der die Kids vor einem digitalen Overkill geschützt werden und sich auf ‚natürliche‘ Tätigkeiten wie soziales Lernen konzentrieren sollen“, so Cohen. „Die anderen sehen die Digitalisierung nahezu euphorisch als Allheilmittel.“ Bei vielen Fachkräften produziert das Unsicherheit. Zwar nutzen sie privat digitale Medien selbstverständlich, doch beruflich fragen sie sich oft: Ist das wirklich schon was für so kleine Kinder?

Teil des Alltags

Allmählich aber, so Cohen, sickere die Erkenntnis durch, dass digitale Bildung kein Modethema ist, sondern Notwendigkeit. Fortbilder Wockenfuß kann die Nachfrage kaum noch stemmen. In zwei Dutzend Kitas war er mit DigiKids, dem Modellprojekt der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen und der Techniker Krankenkasse, seit 2017 schon unterwegs. Denn immer mehr wird klar: Digitale Medien sind aus dem Alltag von Kleinkindern nicht mehr wegzudenken. Schon 2015 belegte die Studie „Kinder in der Digitalen Welt“ des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet*: Internetnutzung ist schon bei Dreijährigen omnipräsent. „Wir dürfen das Feld nicht der Wirtschaft überlassen“, fordert DigiKids-Gründer Wockenfuß, „sondern müssen Kinder pädagogisch auf den Umgang mit den digitalen Medien vorbereiten – unabhängig und kritisch.“

Das kann nur gelingen, wenn die Fachkräfte mitziehen. Doch wie genau sehen das die Erzieherinnen und Erzieher? Welche Einstellungen haben sie zur Nutzung digitaler Medien? Das wollen FU-Erziehungswissenschaftlerin Cohen und ihr Team derzeit mit einem Forschungsprojekt herausfinden. Im Januar startet sie eine Online-Umfrage unter 200 Fachkräften. Begleitend sollen 60 Erzieherinnen und Erzieher mehrere Wochen lang ihren Berufsalltag in einem Tagebuch dokumentieren und reflektieren. Cohen: „Aus den Ergebnissen der Studie soll ein Praxisleitfaden für die Kita-Arbeit entstehen.“

Tief in der Praxis steckt bereits seit September 2018 der Modellversuch „Medienkompetenz in der Frühpädagogik“ des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP). Die Wissenschaftler haben 19 Mediencoaches in 100 Modellkitas geschickt, um die Einrichtungen bei der Arbeit mit Tablets im Kita-Alltag zu begleiten. 80 Prozent

der Kitas hatten damit vorab kaum Erfahrungen. Alle wurden für den Modellversuch mit Materialien ausgestattet, regelmäßig kamen Mediencoaches zum „Training on the Job“. Ein erstes Fazit im Oktober 2019 ergab: Daumen hoch. 95 Prozent der Fachkräfte wurden fitter in der technischen Handhabung der Medien, 93 Prozent lernten neue Methoden kennen, 91 Prozent erfuhren von neuen Kreativ-Apps. Auch für Organisation, Kommunikation, Beobachtung und Dokumentation werden digitale Tools immer häufiger eingesetzt, von Krankmeldungen via WhatsApp bis zum Informationsaustausch mit Eltern via Kita-App. „Das macht den Teamalltag ruhiger“, sagt Eva Reichert-Garschhammer vom IFP und resümiert: „Die Offenheit ist spürbar gewachsen.“ Damit Kitas bundesweit von den Erfahrungen der Modellkitas profitieren, wird das IFP alle Ergebnisse und Anwendungsbeispiele nach Abschluss des Modellversuchs online stellen**.

Eltern mit einbeziehen

Das ist dringend notwendig, denn es fehlt ebenso gut geschultes Personal wie Forschung zu geeigneten Konzepten. „Wir sind nach wie vor auf trial and error angewiesen“, sagt Forscherin Cohen. Gute Ideen gibt es: Wenn etwa Fachkräfte die Übersetzungsfunktionen des Smartphones nutzen, zeigen sie Wertschätzung für Mehrsprachigkeit. Cohen: „Die Kinder lernen, dass man digitale Medien nicht nur zur Entspannung und Unterhaltung konsumieren, sondern auch kreativ und produktiv nutzen kann, um die Welt besser zu verstehen.“ Damit das nachhaltig etwas bringt, müssten dabei die Eltern einbezogen werden, fordert GEW-Kita-Experte Björn Köhler. Gerade wenn in den Familien ein sehr unreflektierter Umgang mit digitalen Medien herrsche, sollten Pädagoginnen und Pädagogen auch Vorbild sein und zeigen: „Manchmal kann es auch ohne Smartphone gehen, ich muss nicht dauernd online sein!“

Und auch DigiKids-Experte Wockenfuß sagt: „Medienkompetente Kinder brauchen medienkompetente Erwachsene.“ Eltern also, die ihr Kind nicht mit dem Tablet im Kinderwagen ruhigstellen, sondern klare Ansagen machen und selbst souverän mit den Medien umgehen können. „Kinder erst mit elf Jahren an Tablet und Smartphone zu lassen, ist genauso unsinnig, wie digitales Konsumfeuer für Zweijährige.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

*bit.ly/divsi-studie-kinder-digital
**www.kita-digital-bayern.de

Vorlesungen am Laptop verfolgen, Fragen an Professoren online stellen: Lernmanagementsysteme ermöglichen ein zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten. Viele Hochschulen üben allerdings noch Zurückhaltung, wenn es darum geht, innovative digitale Bildungs- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln und bereitzustellen.

Foto: imago images/Christine Roth

Interaktiver und diskursiver

// Die Digitalisierung ist an den Hochschulen angekommen. Ihre Potenziale, Studium und Lehre besser zu machen, werden aber längst nicht ausgeschöpft. //

Wenn Franziska morgens beim Frühstück sitzt, wird die Küche ihrer WG zum Seminarraum. Bevor die 22-jährige Politikstudentin in die U-Bahn steigt, um nach Berlin-Dahlem zur Freien Universität zu fahren, meldet sie sich über Zedat, die Zentraleinrichtung für Datenverarbeitung der FU, an und kann so auf das Material zugreifen, das die Dozenten auf die Online-Lernplattform Blackboard hochgeladen haben. Sie kann Fragen stellen und Diskussionen mit anderen Studierenden führen. Und sie kann sich für Kurse anmelden und Semesterpläne erfahren. „Das ist schon eine Erleichterung“, sagt Franziska. „Ich kann meine Zeit so besser planen.“

Die Digitalisierung, die in Deutschland vor allem im Bildungsbereich noch immer als großes Sorgenkind gilt, ist längst in den Hochschulen angekommen. Lernmanagementsysteme (LMS) wie Blackboard gibt es bereits seit vielen Jahren. Sie ermöglichen ein zeit- und ortsunabhängiges Lernen und damit mehr Flexibilität. Und sie sind weit verbreitet. In einer aktuellen Befragung, die für die Expertenkommission Forschung und Innovation durchgeführt wurde, gaben 85 Prozent der teilnehmenden Hochschulen an, dass sie solche IT-Systeme vollständig oder zumindest teilweise implementiert haben.

Allerdings sind die Möglichkeiten digitaler Lehrformate damit keineswegs ausgeschöpft. „Da würde noch sehr viel mehr gehen“, sagt Florian Rampelt vom Hochschulforum Digitalisierung. Der Thinktank, der sich als Impulsgeber versteht, wurde vor fünf Jahren gegründet und wird vom Bundesforschungsministerium gefördert. Der digitale Wandel, ist Rampelt überzeugt, kann viele nützliche Potenziale entfalten. Studium und Lehre werden nicht nur effizienter, sondern auch interaktiver und diskursiver. Austausch ersetzt den Frontalunterricht. „Dass praktisch alle Studierenden Handys haben, könnte man zum Beispiel für sogenannte Audience-Response-Systeme nutzen“, sagt Rampelt. „So kommen nicht nur die zu Wort, die am schnellsten und lautesten sind“, sagt der Bildungs- und Erziehungswissenschaftler. „Es geht dann um die Fragen, die gerade für die meisten Studierenden am wichtigsten sind.“

Bessere Klausurergebnisse

Möglich wäre auch, Vorlesungen aufzuzeichnen und den Studierenden die Mitschnitte online zur Verfügung zu stellen. „Leider machen das bislang nur wenige Dozenten“, sagt Sarah Henkelmann, die Sprecherin des Netzwerks Digitale Bildung. Dabei entlaste dies die Lehrenden und sei bei den Studierenden sehr gefragt. „Und die Klausuren werden dadurch auch besser.“ Henkelmann, die Ministerien, Schulen und Hochschulen zum Einsatz interaktiver Medien und Technologien berät, nimmt zwar durchaus eine „Aufbruchstimmung“ wahr, was die Digitalisierung an den Hochschulen betrifft. „Doch nach wie vor“, sagt sie, „gibt es einen riesigen Nachholbedarf.“

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) kommt in ihrem aktuellen Jahresgutachten für die Bundesregierung zu einem ähnlichen Ergebnis.

Die große Mehrheit der Hochschulen messe dem Thema Digitalisierung zwar einen hohen bis sehr hohen Stellenwert bei, lobt die Kommission. Doch wenn es darum geht, innovative digitale Bildungs- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln und bereitzustellen, übten die Hochschulen nach wie vor „Zurückhaltung“, kritisiert das Papier. Nur 14 Prozent der Hochschulen, die für das Gutachten befragt wurden, verfügen über eine Digitalisierungsstrategie. 41 Prozent sind gerade dabei, eine solche zu erarbeiten, 31 Prozent wollen es tun.*
Dass es trotz aller Fortschritte bei der Umsetzung immer noch so sehr hapert, hat laut den Experten mehrere Gründe. Da ist zunächst einmal die Komplexität der Aufgabe. Digitalisierung heißt nicht nur, dass eine neue Technik eingeführt und bislang analoge Prozesse einfach bloß ins Digitale übertragen werden. Erforderlich ist sehr viel mehr: Mitarbeiter müssen geschult, Abläufe umstrukturiert, Abteilungen vernetzt und „Silodenken“ überwunden werden. Die Kommission spricht von einer „Daueraufgabe“.

Unis unzureichend vorbereitet

Um diese zu stemmen, sind die Hochschulen jedoch schlecht gerüstet. Es fehlt das Geld. „Das deutsche Hochschulsystem ist strukturell unterfinanziert“, konstatiert die Kommission. Nötig sei eine „nachhaltige Finanzierung“, die über einzelne – in der Regel zeitlich begrenzte – Projektmittel und Fördergelder hinausgeht und eine kontinuierliche Entwicklung sicherstellt. „Wir brauchen langfristige Unterstützungsstrukturen an den Hochschulen“, fordert Rampelt. „Die vielen befristeten Arbeitsverträge gerade im Mittelbau sind ein großes Problem.“
Der weit überwiegende Teil der Stellen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an staatlichen Universitäten ist zeitlich befristet. „Statt das Personal an den Hochschulen nach dem Hire-and-Fire-Prinzip zu beschäftigen, brauchen wir Dauerstellen für Daueraufgaben“, sagt GEW-Vize-Vorsitzender Andreas Keller. „Hochschulbeschäftigte müssen entsprechend unterstützt und qualifiziert werden, sie benötigen Zeit und Ressourcen, um die zusätzlichen Herausforderungen zu bewältigen.“
Nachholbedarf gibt es aber auch in der Lehrkräfte-Ausbildung. „Medienpädagogik ist bislang kein Querschnittsfach und muss nicht verpflichtend belegt werden“, sagt Henkelmann. „Das müsste sich ändern.“ Schließlich findet an vielen Schulen schon digitale Bildung statt, die künftigen Lehrkräfte müssen darauf vorbereitet sein. „Wir brauchen nach dem Digitalpakt Schule auch einen Digitalpakt Hochschule“, fordert sie.

Verena Kern,
stellvertretende Chefredakteurin des Online-Magazins klimareporter°

*bit.ly/efi-gutachten2019-pdf

Fotos: mauritius images

ZEIT MONTAG DIENSTAG

Twitterle

Eine bessere Lehrerin –

// Kurznachrichtendienste werden nicht nur von Schülerinnen und Schülern genutzt, um sich über Hausaufgaben oder bevorstehende Klassenarbeiten auszutauschen, auch Lehrerinnen und Lehrer tauschen sich so über Unterrichtsideen und Bildungsmaterialien aus. //

Zweieinhalb Jahre nach der Gründung von Twitter im März 2006 hatte Alicia Bankhofer alias @aliciabankhofer bereits ein Nutzerkonto bei dem Mikrobloggingdienst. Als Instagram im Oktober 2010 an den Start ging, war die Wiener Lehrerin für Englisch sowie Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in der Sekundarstufe l rund einen Monat später dabei. Sie ist das, was man „early adopter“, frühzeitige Anwenderin, nennt. Damit fiele sie in der Tech-Branche nicht auf – im Schulbereich indes schon. „An meiner Schule bin ich eine Ausnahme“, sagt auch André Hermes, Lehrer für Erdkunde und Sport am Gymnasium Ursulaschule in Osnabrück.

Doch die Community aus dem Bildungsbereich, die Hashtags wie
#Twitterlehrerzimmer,
#EduPnx,
#EduChat oder
#BayernEdu
nutzt, wächst stetig. Die ganz Aktiven haben Tausende Followerinnen und Follower. Wie groß das Netzwerk insgesamt ist, ist schwierig zu beziffern – gemessen an der Zahl aller Lehrenden bleibt es jedoch weiter ein Nischenforum. Beliebt ist die Plattform, die für das zweite Quartal 2019 weltweit 139 Millionen tägliche Nutzerinnen und Nutzer vermeldete, vor allem bei Politikern und Journalisten.

Was Bankhofer, die an der Allgemeinbildenden Höheren Schule antonkriegergasse (akg) auch E-Learning-Koordinatorin ist, nicht verstehen kann. „Unsere Gesellschaft läuft analog und digital ab, da können sich Lehrkräfte nicht ausklinken“, sagt sie. „Ich bin dank Twitter eine bessere Lehrerin geworden.“ Etliche Unterrichtsideen habe sie dort entdeckt und in ihren Klassen umgesetzt. Auch sie selbst twittert oft Downloadlinks zu eigenen Materialien.

Bankhofer ist auf Trinidad und Tobago geboren, Englisch ist ihre Muttersprache, auf Twitter ist sie international unterwegs. Bei der kanadischen Lehrerin Sylvia Duckworth guckte sie sich den Umgang mit Sketchnotes genannten visuellen Notizen ab, bei dem britischen Kollegen Jacob Woolcock kopierte sie eine Animation für einen Workshop. „Ich muss nicht nach Schweden ziehen, um zu wissen, wie Lehrkräfte dort unterrichten. Twitter ist wie Arbeiten im gemeinsamen Raum.“

Virtuelles Kollegium

Sowohl Bankhofer als auch Hermes alias @medienberater nutzen alle Möglichkeiten des börsennotierten Kurznachrichtendienstes: vom Mitlesen von Diskussionen über das Vernetzen durch Folgen bis zu eigenen Tweets mit Lesetipps. Außerdem stellen sie Fragen an die Community: Als Hermes jüngst ein Tool zur Audioaufnahme mit Windows-Geräten suchte, wandte er sich an das #Twitterlehrerzimmer. Auch die Software H5P, mit der er Lerninhalte um QR-Codes mit Audioclips ergänzt, kennt er dank des virtuellen Kollegiums. „Wenn ich den Kolleginnen und Kollegen an meiner Schule eine Frage etwa zum Thema Flipped Classroom stelle, bekomme ich eine Antwort – bei Twitter sind es bis zu 100 Reaktionen“, sagt Bankhofer. Lehrkräfte gelten oft als Einzelkämpfer, dies werde durch das #Twitterlehrerzimmer aufgehoben, sagt Hermes, der an seiner Schule auch als Medienberater tätig ist.

Für Bankhofer geht der Dienst weit über das Virtuelle hinaus: Um ihre Twitter-Kontakte persönlich zu treffen, reiste sie bereits zu zahlreichen Bildungsveranstaltungen. Außerdem ist sie Teil der Austauschplattform Bildungspunks.de, die 2017 von sechs Lehrerinnen gegründet wurde, die sich bei Twitter kennenlernten.

Jens Lindström, Lehrer für Mathematik und Sport sowie Medienberater am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein, plädiert dafür, Twitter für neue Fortbildungsformate in der Schulentwicklungsarbeit zu nutzen. Sein Konzept: Digitalaffine Lehrkräfte geben bei Twitter entdeckte Ideen und Anregungen an die ganze Schule weiter – etwa durch zusammen mit der Schulleitung entwickelte Mikrofortbildungen oder Barcamps. „Wir müssen nicht alle zu Twitter holen“, sagt er. Schulleitungen sollten soziale Netzwerke aber nicht nur mit Problemen wie Mobbing assoziieren, sondern deren Potenzial für Fortbildungen erkennen.

Lindström will das via Twitter generierte Wissen auch besser konservieren. Spannende Diskussionen – etwa

MITTWOCH DONNERSTAG FREITAG

hrerzimmer dank Twitter

aus Twitter-Chats – ließen sich schon eine Woche später kaum noch wiederfinden. Der Medienberater erstellte daher mit Padlet eine Sammlung zu digitalen Medien und Medienkompetenz im Fachunterricht, in die Lehrkräfte all ihre Ideen eintragen können. „So wird das geballte Twitter-Wissen langfristig gespeichert."

Lindström alias @KaeptnKeks gibt in dem Beitrag „Twitter als Lehrerfortbildung" auf seinem Blog zudem grundlegende Tipps für Neulinge: Wem folge ich, welche Hashtags nutze ich, wie suche und finde ich etwas, wie bitte ich um #followerpower, was teile ich, und wie bringe ich Ordnung in meinen Newsfeed. Weiterführende Infos gibt es auch an anderen Stellen: Die Gesellschaft für digitale Bildung etwa listet auf ihrer Webseite eine Übersicht mit wichtigen Hashtags. Der Geschichtslehrer und Medienexperte Marc Albrecht (@lbrechthermanns) erstellte das nach Themen und Fachgruppen geordnete „Meta-Padle Twitterlehrer*innen".

Problem Filterblase

Hermes, der Twitter ausschließlich im beruflichen Bildungskontext nutzt, ist sich derweil auch bewusst, dass er sich dort in einer Filterblase bewegt. „Die Themen sind so eindimensional wie die Leute, denen man folgt. Es wird das diskutiert, was man sich gezielt ausgesucht hat." Er warnt zudem: „Twitter ist zeitaufwendig. Man bekommt weitaus mehr Empfehlungen als man verarbeiten kann." Ratsam sei es daher, von Beginn an Tools wie Pocket oder Evernote zu nutzen und sich dort Beiträge für das spätere Lesen zu speichern.

Hermes weist zudem auf No-Gos hin: Dazu gehöre, sich etwa über Schülerinnen und Schüler lustig zu machen. „Lustige Stellen aus Klausuren posten geht gar nicht", betont er. Auch Vertrauliches aus der Schule gehöre nicht in die Öffentlichkeit. Und: Eine „reine Kuschelzone" ist auch der Austausch unter Pädagoginnen und Pädagogen nicht. „Es gibt auch Streit im Twitterlehrerzimmer."

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Alternativen zu Google, Facebook, Twitter und Co.

- # Internetnutzerinnen und -nutzer in Deutschland richten rund 95 Prozent ihrer Suchanfragen an Google. Doch der US-Konzern hat zig unzulässige Klauseln in seiner Datenschutzerklärung und scannt nicht nur das Internet, sondern auch Userinnen und User. Stiftung Warentest testete im März 2019 neben Google neun Alternativen: Bing, Duckduckgo, Ecosia, Google, Metager, Qwant, Startpage, T-Online, Web.de und Yahoo. Testsieger ist mit der Note 2,3 die niederländische Suchmaschine Startpage: Bei guter Qualität der Ergebnisse sei das Datensendeverhalten „unkritisch", Mängel in der Datenschutzerklärung gebe es keine. Zwar gibt es auch bei der Suche über Web.de und Metager.de sowie T-Online.de mit Blick auf den Datenschutz nichts oder nur „sehr gering" etwas zu beanstanden. Allerdings bekamen die Dienste nur die Gesamtnoten 2,9 und 4,2 beziehungsweise 3,5: keine oder mangelhafte Videosuche, viel Werbung, unübersichtlich, lautete die Kritik.
- # Bei sozialen Netzwerken ist die Frage nach Alternativen zu Facebook, Twitter und Co. schwieriger zu beantworten. Apps mit einem vergleichbaren Funktionsumfang wie Facebook gibt es bisher nicht. 2018 machte Vero Schlagzeilen: Der Dienst, über den sich quasi alles teilen lässt, wirbt damit, keine Algorithmen zu nutzen. Das bedeute: keine Werbung, kein Data-Mining und „völlige Kontrolle über deine Privatsphäre". Dafür kostet Vero eine jährliche Gebühr, deren Höhe auf der Webseite allerdings nicht zu finden ist.
- # Wer Twitter den Rücken kehren will, kann sich bei Mastodon anmelden. Der 2016 in Jena gegründete Mikrobloggingdienst ist ein durch Spenden und Freiwilligenarbeit finanziertes Open-Source-Projekt. Nach kurzen Hypes wurde es indes sowohl um Vero als auch Mastodon wieder still.
- # Mit Threema, Signal oder Telegram gibt es Alternativen zu dem zu Facebook gehörenden Messenger WhatsApp. Fachleute empfehlen zudem, Privatsphäre-Einstellungen sorgfältig zu prüfen, Pseudonyme und anonyme E-Mail-Adressen zu nutzen, die GPS-Ortung auszuschalten und generell sparsam mit Daten umzugehen.

N. E.

Nicht nur die allgemeinbildenden, auch die berufsbildenden Schulen sind dringend auf die Mittel aus dem Digitalpakt angewiesen, um die Werkstätten und Unterrichtsräume technisch aufrüsten zu können.

Foto: Sebastian Gollnow/dpa

21 statt 5,5 Milliarden Euro

// Die eingeplanten 5,5 Milliarden Euro aus dem Digitalpakt decken einer Analyse der GEW zufolge nur knapp ein Viertel des Gesamtbedarfs aller Schulen. Allein die Mindestausstattung der Berufsschulen kostet bereits rund eine Milliarde Euro pro Jahr. //

Für die digitale Mindestausstattung aller allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ist laut einer Studie der GEW* rund vier Mal so viel Geld erforderlich wie die bisher in Aussicht gestellten 5,5 Milliarden Euro aus dem Digitalpakt von Bund, Ländern und Kommunen. Demnach werden für die allgemeinbildenden Schulen in den kommenden fünf Jahren 15,76 Milliarden Euro benötigt, für die berufsbildenden Schulen weitere 5,265 Milliarden Euro. Daraus ergibt sich ein Gesamtbedarf von 21,025 Milliarden Euro – und mit Blick auf die bisher eingeplanten Mittel eine riesige Differenz von rund 15 Milliarden Euro.

Für die Studie „Mehrbedarfe für eine adäquate digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen im Lichte des Digitalpakts“ kalkulierten der Leiter des Organisationsbereiches Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand, Ansgar Klinger, sowie der Referent für Bildungspolitik der GEW Hessen, Roman George, erstmals den jährlichen Finanzbedarf für die Digitalisierung dieser Schulform. Zudem legten sie eine ländergenaue Aufteilung der Kosten auf alle Schulträger und die Länder selbst vor.

Digitalpakt II notwendig

Die dramatische Bilanz: „Die Digitalpakt-Mittel reichen rechnerisch gerade aus, um in den nächsten fünf Jahren die digitale Mindestausstattung der berufsbildenden Schulen zu finanzieren. Für die allgemeinbildenden Schulen bliebe dann kein Cent mehr übrig“, sagt Klinger. „Zudem müssen die Gelder dauerhaft fließen, sonst ist der Digitalpakt ein Strohfeuer und entfaltet keine Nachhaltigkeit.“

Mit dieser Einschätzung ist die Bildungsgewerkschaft nicht allein: Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Hessens Kultusminister Ralph Alexander Lorz (CDU), brachte im Juni 2019 einen möglichen Digitalpakt II ins Gespräch. Klar sei, dass die Technik von heute in fünf Jahren veraltet ist. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung** bezifferte die Kosten für eine angemessene digitale Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen schon im Jahr 2017 auf rund 2,8 Milliarden Euro pro Jahr.

Die GEW-Studie rechnet weiter vor: Bei den berufsbildenden Schulen entfielen von den bundesweit rund 1,05 Milliarden Euro Mehrbedarf pro Jahr 696 Millionen Euro auf die kommunalen Schulträger, 105 Millionen Euro auf die berufsbildenden Schulen in privater Trägerschaft und 83 Millionen Euro auf die Länder, insbesondere für Fortbildung und Anrechnungsstunden der Lehrkräfte. „Auch die Unternehmen sehen wir in der Verantwortung. Sie sollten sich für die Ausstattung der Auszubildenden mit digitalen Endgeräten jährlich mit 169 Millionen Euro beteiligen“, fordert George.

Die berechneten Kosten umfassen die Internetanbindung, Wartungs- und Prozesskosten, die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte mit Endgeräten und die Fortbildung der Lehrkräfte. Eine adäquate digitale Ausstattung beruflicher Schulen kostet demnach pro Schülerin oder Schüler bei teilzeitschulischer Ausbildung 387 Euro im Jahr, bei vollzeitschulischer 470 Euro. Ein großer Anteil des Gesamtbedarfs fällt derweil nicht für Hard- und Software an, sondern für Personalkosten wie den IT-Support. Dabei handelt es sich um laufende Aufwendungen: Die IT-Infrastruktur muss regelmäßig gewartet und aktualisiert werden. „Der nicht hinlänglich sichergestellte IT-Support könnte sich als Achillesferse des Digitalpakts erweisen“, schlussfolgern Klinger und George in ihrer Studie. Der Verwaltungsvereinbarung zum Digitalpakt zufolge sind unmittelbare Personal- und Sachkosten für Betrieb,

Wartung und IT-Support nämlich nicht förderfähig.
Die GEW kalkuliert den IT-Support mit 180 Euro pro Schülerin oder Schüler im Jahr als den mit Abstand größten Kostenblock. Angesichts des angesetzten Bedarfs von einer Stelle pro 300 bis 400 Endgeräte muss für die berufsbildenden Schulen mit ihren knapp 2,5 Millionen Schülerinnen und Schülern zudem mit einem Personalbedarf von 6.200 bis 8.300 Vollzeitstellen für IT-Fachkräfte gerechnet werden. Diese Expertinnen und Experten gibt es auf dem Arbeitsmarkt derzeit allerdings nicht. Damit kommt auf die berufsbildenden Schulen wohl auch die Aufgabe zu, das benötigte zusätzliche Fachpersonal selbst in entsprechenden Bildungsgängen auszubilden.
Die von der GEW geschätzten jährlichen Gesamtkosten von gut einer Milliarde Euro verteilen sich dabei ganz unterschiedlich auf die Bundesländer. Für Nordrhein-Westfalen wird mit 238 Millionen Euro die höchste Summe angesetzt, es folgen Brandenburg (191 Millionen Euro) sowie Baden-Württemberg (174 Millionen Euro) und Bayern (159 Millionen). Für Bremen wird mit zehn Millionen Euro die niedrigste Summe berechnet, im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern sind es 14 Millionen Euro.

Alle Schulen einbinden

Unabhängig vom Digitalpakt wurde der beruflichen Bildung bereits im Frühjahr 2018 im Koalitionsvertrag von Union und SPD eine Modernisierung und Stärkung versprochen. Konkret heißt es dort: „Dazu gehören im Rahmen der Investitionsoffensive für Schulen nach Art. 104c Grundgesetz (GG) eine Ausstattungsoffensive für berufliche Schulen vor dem Hintergrund der Digitalisierung.“
Klinger weist ferner darauf hin, „dass die in Art. 104c GG benannte kommunale Bildungsinfrastruktur nicht auf die im Digitalpakt bedachten allgemein- und berufsbildenden Schulen begrenzt ist. Insofern sind auch die Volkshochschulen als Schulen der Erwachsenenbildung ebenso wie die Musikschulen unserer Kommunen möglichst bald in den Digitalpakt und dessen Umsetzung einzubinden“.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***„Mehrbedarfe für eine adäquate digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen im Lichte des Digitalpakts“: bit.ly/2NgYOah**
****„IT-Ausstattung an Schulen: Finanzierung ist eine milliardenschwere Daueraufgabe“: bit.ly/32XzI6Q**

DIE KLIMA KÖNNER

Bildungsnetzwerk Wald & Klima – Die Klimakönner

Unser Bildungsprojekt richtet sich an angehende sowie ausgebildete PädagogInnen und waldpädagogisch Interessierte. Das Angebot umfasst:

- Praxisnahe **Fortbildungen** mit fachlichen und didaktischen Anregungen rund um Wald und Klima
- Möglichkeit der **Vernetzung** durch Einbindung von WaldexpertInnen als langfristige AnsprechpartnerInnen
- Kostenfreie **Bildungsbroschüren**, die unter www.bildungsserver-wald.de erhältlich sind

Kontakt

Bei Fragen wenden Sie sich gern an:
Anne Schnurpfeil
Tel. 0228 94 59 83 6, anne.schnurpfeil@sdw.de
Simon Ambrosch
Tel. 0228 94 59 83 7, simon.ambrosch@sdw.de

Inhalte der Fortbildung

Vermittlung von Fachwissen zu ...
- Wald und Klima
- Naturerfahrung
- Bildung für nachhaltige Entwicklung

Beiträge regionaler Akteure
- Anregungen aus der Praxis
- Erfahrungsaustausch
- Netzwerkbildung

Einblicke in die Waldpädagogik
- Aktionen und Spiele
- Entwicklung eigener Walderlebnisprogramme

Termine und Anmeldformular unter
www.die-klimakoenner.de

Bei festen Terminen wird pro Person ein **maximaler Teilnahmebeitrag von 60 €** erhoben. Bei Terminen **nach Absprache kommen wir auch kostenfrei** Ihre Einrichtung.

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Türöffner Gesundheitsschutz

// Den Kampf um die Köpfe haben die Kolleginnen und Kollegen des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) bereits gewonnen. Niemand bezweifelt mehr öffentlich, dass ihre gute und wichtige Arbeit besser bezahlt werden muss. Das ist auch ein Ergebnis der beeindruckenden Arbeitskämpfe 2009 und 2015. 2020 steht die nächste SuE-Tarifrunde an. Es geht um bessere Arbeitsbedingungen, die den wachsenden Anforderungen an die frühkindliche Bildung und die soziale Arbeit Rechnung tragen. //

Als sich die SuE-Beschäftigten der Kommunen* 2009 auf den Weg machten, für mehr Anerkennung und eine bessere Bezahlung zu streiken, wurden sie von manchen Kommentatorinnen und Kommentatoren noch milde belächelt. Erzieherinnen mussten sich gegen den Ruf als „Basteltanten“ wehren, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter deutlich machen, dass ihre Arbeit nicht nur Engagement, sondern vor allem Professionalität erfordert. Gemeinsam haben sie in einem mehrwöchigen Arbeitskampf gezeigt, dass sie für ihre Arbeit nicht nur Anerkennung, sondern auch ein angemessenes Einkommen verdienen und bereit sind, das tarifpolitisch durchzusetzen.

Dabei war der Streik kein Novum. Die Älteren erinnern sich immer noch an die großen Streikbewegungen zum Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) der 1980er- und 1990er-Jahre. Schon damals blieben viele Kitas wochenlang geschlossen. Doch die öffentlichen Arbeitgeber waren noch nicht bereit, die gestiegenen Anforderungen an den Sozial- und Erziehungsdienst anzuerkennen und entsprechend zu bezahlen.

Durch den Übergang vom BAT zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) 2005 kamen neue Probleme hinzu. Denn es fehlte ein moderner Eingruppierungstarifvertrag, der das alte System der Bewährungsaufstiege aus dem BAT ersetzt. Für neu eingestellte Beschäftigte ergaben sich finanzielle Nachteile, die durch die Übergangsregelungen nur teilweise ausgeglichen wurden. Den Arbeitgebern sparte jede Neueinstellung bares Geld. Deswegen zeigten sie keine Motivation, wie vereinbart eine neue Entgeltordnung abzuschließen. Die Wut der Beschäftigten über diese Ungerechtigkeiten und die zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen wuchs. Bis sie ihren Protest im Jahr 2009 auf die Straße trugen.

Ein wichtiges Signal

Die Gewerkschaften griffen den Wunsch der Beschäftigten nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf, indem sie einen besseren Gesundheitsschutz forderten. Da es dazu noch keine tarifvertragliche Regelung gab, konnten sie zu Streiks aufrufen. Zugleich diente die Forderung als Türöffner, um mit den Arbeitgebern über weitere Themen zu verhandeln. Nach wochenlangen Streiks gelang es, sowohl eine tarifliche Regelung zum Gesundheitsschutz zu vereinbaren als auch mit der sogenannten S-Tabelle eine eigene Entgeltordnung für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst durchzusetzen. Mit dieser Tabelle konnten die Verluste durch die weggefallenen Bewährungsaufstiege ausgeglichen werden. Doch dem Ziel,

In den Arbeitskämpfen 2009 und 2015 erreichten die Beschäftigten des SuE-Dienstes eine bessere Eingruppierung und eine bessere Bezahlung.

Foto: Jonas Priesler

die neuen Herausforderungen an die Sozial- und Erziehungsberufe durch eine bessere Eingruppierung zu honorieren, war man nur einen kleinen Schritt näher gekommen.
Gleichwohl hatten die SuE-Beschäftigten gezeigt, dass sie ernstgenommen werden müssen und dass sie sich trauen, für ihre Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die ersten unbefristeten Streiks im TVöD waren ein wichtiges Signal und der Grundstein für die weitere Entwicklung.

Der nächste Schritt

Im Frühjahr 2015 gingen die Beschäftigten mit ihren Gewerkschaften erneut auf die Straße, um die überfällige Aufwertung ihrer Berufe zu erreichen. Wie schon 2009 mauerten die Arbeitgeber und lehnten die Forderungen kategorisch ab. In einer Urabstimmung stimmte die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für den unbefristeten Streik: Erneut blieben bundesweit viele Einrichtungen wochenlang geschlossen. Obwohl das für viele Eltern eine harte Belastungsprobe war, erklärten sie sich überwiegend solidarisch. Auch aus Politik und Öffentlichkeit erhielten die Streikenden viel Unterstützung. Unisono beteuerten sie, dass Kitas und soziale Arbeit ein wichtiges Standbein unserer Gesellschaft sind.
Der lange Atem der Beschäftigten zahlte sich aus: Viele Tätigkeiten wurden einer höheren Entgeltgruppe zugeordnet, die Beschäftigten verdienen heute teils deutlich mehr. Die Vereinbarungen stärkten auch die Leitungen der Einrichtungen. Kurz: Die Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst wurde – mit wenigen Ausnahmen – deutlich aufgewertet. Trotz dieser wichtigen Schritte in 2009 und 2015 machten die Gewerkschaftsmitglieder aber auch deutlich, dass dies nicht ausreicht und die Bezahlung noch immer nicht dem entspricht, was ihre Arbeit wert ist. Weitere Aufwertungsschritte müssten folgen. Im nächsten Jahr gibt es dazu erneut die Gelegenheit, denn die SuE-Entgeltordnung zum TVöD kann zum 30. Juni 2020 gekündigt werden. Den neuen Herausforderungen in allen Feldern der frühkindlichen Bildung und der sozialen Arbeit muss durch eine zeitgemäße Eingruppierung und verbesserte Rahmenbedingungen endlich Rechnung getragen werden. Das kostet Geld. Weil die Kommunen gleichzeitig den Kita-Ausbau und die Ganztagsbetreuung vorantreiben und viele tief im Schuldensumpf stecken, ist auch in der Tarifrunde 2020 mit starkem Widerstand der Arbeitgeber zu rechnen.
Darum werden die Beschäftigten an den Erfahrungen von 2009 und 2015 anknüpfen müssen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wenn nötig auch wieder mit Streiks. Nur wenn sich viele Kolleginnen und Kollegen in der GEW und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes engagieren, kann es gelingen, 2020 einen weiteren Schritt zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes zu machen!

Björn Köhler,
GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit,
Oliver Brüchert,
Referent im Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik beim Hauptvorstand der GEW

***Von den rund 700.000 Kita-Beschäftigten arbeitet etwa ein Drittel in kommunalen Einrichtungen. Für diese gilt, ebenso wie für viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Ein weiteres Drittel arbeitet in kirchlichen Einrichtungen, die sich im Rahmen des Kirchenarbeitsrechts weitgehend am TVöD orientieren. Die anderen Beschäftigten arbeiten bei freien Trägern und Vereinen. Ihre Arbeitsbedingungen sind sehr unterschiedlich. Die GEW macht sich dafür stark, dass auch für sie der TVöD „Leitwährung“ wird.**

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Behandelt wie Idioten

// Der „Ausbildungsreport 2019“ des DGB enthüllt große Defizite in vielen Ausbildungsbetrieben – auch bei der Vorbereitung auf den digitalen Wandel. //

„Was wir machen dürfen, geht nicht über Inspektionen und Räderwechsel hinaus“, beschwert sich Peter, angehender Kfz-Mechatroniker im vierten Lehrjahr. „Wir werden wie Idioten behandelt.“ – „Mittlerweile ist das Mobbing durch meinen Ausbilder so schlimm, dass ich nicht mehr zur Arbeit gehen kann“, berichtet Maria, die Bürokauffrau lernt. „Seit dem ersten Lehrjahr verlangt mein Chef, dass ich mich in der Berufsschule krank melde, da ich in dieser Zeit arbeiten muss“, schildert Steffen. Drei Hilferufe von vielen, veröffentlicht auf der Website von „Dr. Azubi“, dem Online-Beratungsforum der DGB-Jugend für Auszubildende.

Probleme in kleinen Betrieben

Laut „Ausbildungsreport 2019“ des DGB-Bundesvorstandes erklärten lediglich 69,9 Prozent der Befragten, sie seien mit ihrer Ausbildung „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Damit werde die 70-Prozent-Marke „erstmals in der Geschichte des Ausbildungsreports“ – also seit 2006 – unterschritten, so der Bericht. Wie in den Jahren zuvor gilt: „Je größer der Betrieb, desto höher die Zufriedenheit der Auszubildenden.“ Denn Großbetriebe verfügten über „gute personelle und materielle Voraussetzungen“. Auch gebe es dort eher Betriebs- und Personalräte sowie Jugendvertretungen. Die besten Bewertungen gab es für die Ausbildungsberufe Industriemechaniker/in, Verwaltungsfachangestellte/r oder Zerspanungsmechaniker/in. Im Mittelfeld landeten Tischler/in, Fachinformatiker/in oder Bankkaufmann/frau. „Am unteren Ende der Skala rangierten wie in den letzten Jahren die Fachverkäufer/innen im Lebensmittelhandwerk sowie die Hotelfachleute“, heißt es.

Foto: dpa/Daniel Reinhardt

Rund 30 Prozent der Auszubildenden fühlen sich laut DGB-Ausbildungsreport nur unzureichend auf den digitalen Wandel vorbereitet. Der klappt in größeren Unternehmen wie beim Flugzeughersteller Airbus (Bild) besser als in kleineren Betrieben.

Schwerpunkt des aktuellen Reports ist die Digitalisierung. Knapp 30 Prozent der Befragten urteilten, dass sie nicht gut auf den digitalen Wandel vorbereitet würden. 18,6 Prozent der Befragten erklärten, ihre berufliche Schule bereite lediglich „ausreichend“ auf den Umgang mit digitalen Medien und Technologien vor. 14,1 Prozent vergaben sogar ein „mangelhaft“. Auch hier variiert die Beurteilung von Beruf zu Beruf. Beispiel Verwaltungsfachangestellte/r. 86,4 Prozent der befragten Auszubildenden sind der Meinung, „Aspekte der Digitalisierung und Automatisierung“ seien für ihren Beruf „wichtig“ oder „sehr wichtig“. Doch lediglich 59,4 Prozent urteilten, ihre Ausbildung qualifiziere „gezielt für die Nutzung digitaler Technologien“. Bei den angehenden Tischlerinnen und Tisch-lern erklärten 67,7 Prozent, Digitalisierung und Automatisierung seien für den Beruf „wichtig“ oder „sehr wichtig“. Gerade mal 37,5 Prozent urteilten, dass die Ausbildung gezielt auf diese Herausforderung vorbereite.

Für den Report wurden 16.181 junge Frauen und Männer befragt, die einen der 25 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe erlernen. Er zeichne damit „ein repräsentatives Bild der Ausbildungssituation in Deutschland“, betont Manuela Conte, Bundesjugendsekretärin des DGB.

Wie reagieren Politik und Arbeitgeber auf die Herausforderungen? Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) will die digitalen Kompetenzen des Ausbildungspersonals stärken. Dazu startete das BMBF zum 1. Oktober 2019 die „Qualifizierungsinitiative Digitaler Wandel – Q 4.0“. Bis Ende 2022 stellt das Ministerium dafür 30 Millionen Euro bereit. Laut Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) engagiere sich das Handwerk seit langem, um Auszubildende optimal auf den digitalen Wandel vorzubereiten. „Auf der betrieblichen Ebene werden beispielsweise digitale Lernumgebungen ausgebaut“, so der ZDH. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) verweist auf seine Initiative „Ausbildung mit Qualität“, die zehn Leitlinien definiert. Wer diese einhalte, führe „regelmäßig Feedbackgespräche“ mit Auszubildenden und bestimme eine „Bezugsperson im Betrieb“, die bei Fragen und Problemen zur Seite stehe.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

DGB-Ausbildungsreport 2019 (zum kostenlosen Download): bit.ly/dgb-ausbildungsreport2019
Online-Beratungsforum der DGB-Jugend für Auszubildende: bit.ly/dgb-jugend-dr-azubi

Faire Weihnachten!

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

Augen auf beim Geschenkekauf – nicht nur zu Weihnachten. Kakao und Nüsse ernten für unsere Schokolade, seltene Erden schürfen für unsere Smartphones, das geschieht viel zu oft mit ausbeuterischer Kinderarbeit. Bildung statt Kinderarbeit – das hat sich die GEW seit langem auf die Fahnen geschrieben. Nicht nur zur Weihnachtszeit fordern wir die Gesellschaft und unsere Mitglieder auf, aktiv gegen ausbeuterische Kinderarbeit aufzutreten, achtsam beim Einkauf zu sein und mit einer Spende an unsere fair childhood-Stiftung Projekte in Entwicklungsländern zu unterstützen.

Unsere Arbeit hat auch in die Bundespolitik gewirkt. Mit „Kinder weltweit schützen – Ausbeuterische Kinderarbeit verhindern“ ist ein Antrag der Regierungsfraktionen überschrieben, der Mitte November im Bundestag zu später Stunde diskutiert und beschlossen wurde. Für die Anregung zu diesem Antrag bedankte sich die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler (SPD), ausdrücklich bei „Brot für die Welt“ und der GEW, die zusammen mit Schüler*innen auf der Besuchertribüne des Plenarsaals vertreten waren.

Das also hätten wir geschafft: Der Bundestag debattiert über dieses Thema. Alle Fraktionen erkennen an, dass Kinderarbeit ein Problem ist, das dringendes Handeln erfordert. Die Lösungswege sind jedoch sehr unterschiedlich. Beschlossen wurde die Aufforderung an die Bundesregierung, „den Schutz von Kindern weltweit als wichtigen Bestandteil der Außen-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik sowie der humanitären Hilfe weiter zu stärken“. Außerdem fordern die Abgeordneten von der Regierung, dass diese „national gesetzlich tätig wird und sich für eine EU-weite Regelung einsetzt, falls die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht“.

Das weist in die richtige Richtung, auch wenn wir uns mehr Verbindlichkeit gewünscht hätten. Der Beschluss ist ein weiterer Schritt – 100 Jahre nach Gründung der International Labour Organisation (ILO), 70 Jahre nach Verkündigung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, 30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention und 4 Jahre nach der Veröffentlichung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Doch solche Vereinbarungen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen umgesetzt werden. Es müssen Konsequenzen in der Wirtschaftspolitik gezogen werden. Freiwillige Vereinbarungen und Gütesiegel können zwar zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Gesetzliche Regelungen aber wären ein besseres Umsetzungsinstrument. Deshalb setzen wir uns mit dem DGB und vielen Organisationen der Zivilgesellschaft für ein Lieferkettengesetz ein, das deutsche Unternehmen verpflichtet, entlang ihrer gesamten Produktlinie menschenrechtliche Standards sicherzustellen und Kinderarbeit auszuschließen.

„Bildung statt Kinderarbeit“: Für dieses Ziel treten wir als GEW auch in der Bildungsinternationale ein. Mit unserer Stiftung fair childhood unterstützen wir Programme von Bildungsgewerkschaften in Burkina Faso, Mali, Tansania, Uganda und Zimbabwe, wir helfen, kinderarbeitsfreie Zonen zu schaffen. Lehrkräfte werden sensibilisiert für die Folgen von Kinderarbeit, sie bilden Schulclubs und wirken auf die Dorfgemeinschaften ein, damit Bildung für alle möglich wird. Zusammen mit „Brot für die Welt“ unterstützen wir die „100 Million“-Kampagne des indischen Friedensnobelpreisträgers Kailash Satyarthi, machen politisch Druck und fordern zum Handeln auf.

Viele Kolleg*innen sind bereits aktiv und klären in Kita und Schule über Kinderarbeit und deren Ursachen auf. So entsteht Bewusstsein in der Gesellschaft, das eigene Konsumverhalten zu überdenken. Es knüpft an unseren Einsatz für Bildung für nachhaltige Entwicklung an.

Faire Weihnachten und alles Gute für 2020!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Foto: Tobias Schwab

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Stabil verbesserungswürdig

// Ein Viertel der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler erreicht laut IQB-Bildungstrend in Mathematik nicht die Regelstandards. Die GEW schlägt ein Bund-Länder-Programm gegen Bildungsarmut vor. //

Knapp ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in Klasse 9 scheitert im Fach Mathematik an den Mindeststandards für den Mittleren Schulabschluss. Das ist ein Ergebnis des Bildungstrends 2018 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB)*. Rund 45 Prozent der Jugendlichen erreichen die Regelstandards in der 9. Jahrgangsstufe. Damit bleiben die Ergebnisse im Vergleich zur ersten Untersuchung 2012 „insgesamt stabil“. Allerdings zeigen sich an den Gymnasien in fast allen betrachteten Kompetenzbereichen schwächere Leistungen.

Im IQB-Bildungstrend wird analysiert, inwieweit Neuntklässlerinnen und Neuntklässler die länderübergreifend geltenden Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie und Physik in der Sekundarstufe I erreichen. 2018 nahmen 44.941 Schülerinnen und Schüler in 1.462 Schulen aus allen 16 Bundesländern teil. In Biologie, Physik und Chemie schnitten die Jugendlichen etwas besser ab als in Mathematik. Aber auch dort erreichten zwischen rund 5 (Biologie) und knapp 17 Prozent (Chemie) die Mindestanforderungen nicht. Jungen wiesen nur in Mathematik bessere Leistungen auf als Mädchen.

Die Werte unterscheiden sich zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich. In Bremen scheitern mehr als 40 Prozent der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler an den Mindeststandards in Mathematik, in Sachsen nur 14 Prozent. In Biologie, Physik und Chemie landet Berlin auf dem letzten Platz, weiter stehen der Stadtstaat Hamburg und der Zwei-Städte-Staat Bremen auf unteren Plätzen. Den ersten Platz im Ländervergleich sicherte sich Bayern knapp vor Sachsen. Der KMK-Präsident und hessische Kultusminister Ralph Alexander Lorz (CDU) sagte bei der Vorstellung der Ergebnisse: „Aufrütteln sollten uns die ungünstigen Entwicklungen in einzelnen Ländern.“

Foto: imago images/photothek

Und ewig grüßt das Murmeltier: Die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends bestätigen, dass viele Schülerinnen und Schüler in Deutschland an den Standards im Fach Mathematik scheitern. Eine höhere Bildungsqualität wird jedoch nicht durch Bildungsmonitoring erreicht, sondern durch mehr Investitionen in Bildung.

Ungeeignete Vergleiche

Die GEW fordert ein Bund-Länder-Programm gegen Bildungsarmut. „Die Armut von Kindern ist insbesondere in den Stadtstaaten ein großes Problem. Sie wirkt sich negativ auf den Lernerfolg aus“, sagt Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule. Der dramatische Lehrkräftemangel spiegele sich bereits in den Ergebnissen der Studie wider. Dieser Trend werde sich in den nächsten Jahren verstärken, wenn Politik nicht gegensteuere.

„Eine höhere Qualität von Bildung wird durch Standards bei den Lernbedingungen, die Unterstützung der Unterrichtsentwicklung und massive Investitionen in eine gute Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer erreicht. Bildungsmonitoring darauf zu reduzieren, ob Bildungsstandards erreicht werden, greift zu kurz“, betont die GEW-Expertin. Sie weist darauf hin, dass Bremen und Berlin mit besonders großen sozialen und pädagogischen Herausforderungen an den Schulen zu kämpfen hätten.

Hoffmann zweifelt an, dass ein Ländervergleich eine Verbesserung der Bildungsqualität anstoßen könne: „Die einzelnen Schulen sind mit Blick auf ihre pädagogische Ausrichtung und die Zusammensetzung der Lerngruppen sehr unterschiedlich. Insofern gibt es kein länderspezifisches Gesamtsystem mit einem einheitlichen Unterrichtskonzept, das man anpassen kann.“

Die Autorinnen und Autoren der Studie bilanzieren in ihrem Fazit: „Wie die Ergebnismuster jeweils einzuschätzen und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, muss innerhalb der Länder unter Berücksichtigung zusätzlicher Informationen über das jeweilige Bildungssystem und dessen Veränderungen im Untersuchungszeitraum diskutiert werden.“ Analysiert werden sollte auch die Frage, wie Schülerinnen und Schüler noch gezielter unterstützt werden könnten, um der ungünstigen Entwicklung bei den Jungen entgegenzuwirken und Mädchen von ihrem Leistungspotenzial in MINT-Fächern** zu überzeugen.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***bit.ly/iqb-bildungstrend-2018**
****Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik werden als MINT-Fächer bezeichnet.**

Foto: privat

OLAF SCHÄFER

„Pädagogik politisch begreifen“

1972 erschien unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ der Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. 1977 folgte die Studie Global 2000. Beide Berichte machten deutlich, dass es auf einem begrenzten Planeten kein unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum geben kann. Die apokalyptischen Folgen der bestehenden, auf Wachstum setzenden Wirtschaftsform, waren damit formuliert.

Damals wie heute versuchten konservative Kreise aus der Wirtschaft, die Ergebnisse dieser Studien herunterzuspielen. Die Strategie ist immer gleich: wissenschaftliche Ergebnisse in Frage zu stellen, politische Akteure, die sich des Themas annehmen, als Hysteriker zu verleumden und schließlich technische Lösungen für Probleme anzubieten. Tatsächlich wurde das Waldsterben danach etwa durch Katalysatoren in Autos sowie Rauchentschwefelungsanlagen und Filter in Kraftwerken verzögert. Diejenigen, die es besser wussten, Biologen, Ökologen und interessierte Amateure, die vor dem Artensterben warnten, auf die Gefahren von Monokulturen und weiter steigende Umweltverschmutzung hinwiesen, wurden von der politischen und wirtschaftlichen Elite ignoriert.

Erst zwei Dürrejahre hintereinander und die Schwedin Greta Thunberg brachten das Thema jetzt zurück ins öffentliche Bewusstsein und in den politischen Diskurs.

Pädagogisches Handeln ist auf Zukunft gerichtet. Schule etwa soll Kindern den positiven Teil der Tradition vermitteln und sie auf ihr Leben in einer zukünftigen Gesellschaft vorbereiten. Wenn aber Pädagogik gesellschaftliche Entwicklungen antizipieren muss, lautet die Frage, warum dies seit fast 30 Jahren nicht mehr geschah. Offensichtlich deshalb nicht, weil es neoliberalen Thinktanks gelungen ist, das politische Moment, das sich automatisch mit der Frage nach der Zukunft einer Gesellschaft ergibt, auszuschließen.

Wurden Diskussionen in der pädagogischen Zunft seit den 1960er-Jahren immer wieder hochpolitisch geführt, scheint dieser Aspekt seit dem Zusammenbruch des Ostblocks fast über Nacht verschwunden zu sein, genauer: Neoliberale Programme, die vor allem die empirische Forschung propagierten (PISA & Co.), setzten sich in der Pädagogik durch.

Deutlich sind heute zwei Konfliktlinien zu erkennen. Zum einen die Auseinandersetzung zwischen Arm und Reich. So wird darum gestritten, wer den ökologischen Schaden bezahlen soll. Zum anderen bieten sich für Kapitaleigentümer neue Geschäftsmodelle. Dies erklärt, warum Thunberg etwa zum Weltwirtschaftsforum eingeladen wird. Es ist der Versuch, den krisenhaften Kapitalismus noch einmal zu reanimieren – und sei es mit dem Handel von CO_2-Zertifikaten.

Die andere Konfliktlinie verläuft zwischen den Generationen. Das ist bemerkenswert, weil es gerade hier in den vergangenen 30 Jahren sehr ruhig war.

Statt diesen Prozess kritisch zu begleiten und als Chance zu nutzen, Pädagogik wieder politisch zu begreifen, sehe ich unter den theoretischen und praktischen Pädagogen keine adäquate Reaktion darauf, dass uns ein Teenager erst den Spiegel vorhalten muss, um auf die Widersprüche der kapitalistischen Konsumgesellschaft aufmerksam zu machen.

Wo sind die „Teachers for Future“, die Professoren und Hochschullehrer, die sich nicht nur einfach solidarisieren, sondern endlich einmal ihre Theorien und ihre Praxis vor dem Hintergrund einer kollabierenden Umwelt und einer Gesellschaft in einer tiefen Krise reflektieren und korrigieren? Wo sind die Gewerkschaften, die sagen, dass es so nicht mehr weitergeht an unseren Schulen? Wann gehen wir auf die Straße und sagen „Schluss“, wir können unter diesen Bedingungen keine Kinder mehr unterrichten. Kinder, die viel Hilfe bräuchten, weil wir täglich sehen, dass viele unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen erkrankt sind!

Olaf Schäfer,
Lebenskundelehrer

Bundesweit fehlen derzeit mehr als 100.000 Erzieherinnen und Erzieher. Dass nicht mehr Menschen den Beruf ergreifen, liegt unter anderem an den nach wie vor unzureichenden Verdienstmöglichkeiten.

Foto: Alexander Paul Englert

Eine kriechende Aufwärtsbewegung

// Der Beschäftigtenzuwachs hält nicht mit dem Kita-Ausbau Schritt. Die Folge: Fachkräftemangel. Das wirkt sich negativ auf die Qualität der Arbeit in der frühkindlichen Bildung aus, wie zwei neue Untersuchungen zeigen. //

Es ist die Krux des deutschen Bildungssystems: Die Chancen, die ein Kind mit auf den Weg bekommt, hängen davon ab, wo es aufwächst. In welchem Ausmaß diese Regel schon bei den Kleinsten und Kleinen greift, darauf macht das aktuelle Ländermonitoring Frühkindliche Bildung 2019* der Bertelsmann Stiftung aufmerksam: Auf eine Krippenerzieherin kommen in Sachsen 6,2, in Baden-Württemberg drei Kinder. Bei den Kita-Kids reicht die Spanne von sieben Kindern in Baden-Württemberg bis zu 13,2 in Mecklenburg-Vorpommern. Selbst innerhalb der Länder können sich Eltern und Fachkräfte nicht auf einen Schlüssel verlassen: In Bremen etwa, in Sachen Bildung ohnehin nicht gerade privilegiert, ist der Personalschlüssel in knapp jeder dritten Kita-Gruppe besser als von wissenschaftlichen Experten gefordert, in mehr als der Hälfte aber schlechter. Für Björn Köhler, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich, zeigt sich damit erneut, wie dringend Deutschland ein „echtes, bundesweit einheitliches und verbindliches Kita-Qualitätsgesetz“ benötigt hätte. Köhler: „Die Bedingungen des Aufwachsens dürfen nicht so stark auseinanderfallen. Ebenso wenig dürfen Fachkräfte so unterschiedlich belastet werden.“

Bundesweit beobachtet der Ländermonitor eine kriechende Aufwärtsbewegung. Statistisch sank die Zahl der Kinder, für die eine pädagogische Fachkraft in Krippengruppen zuständig ist, zwischen 2013 – dem Jahr der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz – von 4,6 auf 4,2. In Kita-Gruppen ging diese Zahl von 9,6 auf 8,9 zurück. Wissenschaftlich empfohlen wird ein Personalschlüssel von 1:3 in Krippen und 1:7,5 für Kitas. Wichtig ist, dass damit nicht das für die Förderung von Kindern entscheidende Kriterium – die Fachkraft-Kind-Relation – beschrieben ist; rund ein Drittel der Arbeitszeit benötigen Erzieherinnen nach Schätzung der GEW für Aufgaben außerhalb der pädagogischen Praxis, Elterngespräche, Dokumentationen oder Qualitätsentwicklung. Rechnet man die Personalschlüssel auf die wichtigere Fachkraft-Kind-Relation um, muss eine Erzieherin in Mecklenburg-Vorpommern fast 20 und in Baden-Württemberg 10,5 Kinder betreuen.

Ost-West-Gefälle

Über die Auswirkungen des seit Januar 2019 geltenden „Gute-Kita-Gesetzes“ sagt der Ländermonitor nichts aus, die Daten stammen aus dem Frühjahr 2018. Dennoch wirft er ein Licht auf ein grundsätzliches Problem: Den Ländern wurde nach zähen Verhandlungen freigestellt, ob sie das Geld aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ in qualitative Verbesserungen oder in Gebührenfreiheit investieren. Für Letzteres hatte sich unter anderem Mecklenburg-Vorpommern stark gemacht – und damit das Land, das, trotz attestierter Verbesserungen, eins der schlechtesten Betreuungsverhältnisse

aufweist. Insgesamt auffallend ist ein Ost-West-Gefälle; in allen Ost-Ländern sind die Personalschlüssel schlechter als in den westlichen. Allerdings werden dort auch – prozentual gesehen – weit mehr Kinder betreut: In Westdeutschland besuchte im Frühjahr 2019 laut Statistischem Bundesamt weniger als jedes dritte Kind, das jünger als drei Jahre ist, eine Kita; in Ostdeutschland dagegen mehr als jedes zweite. Bundesweit fehlen laut Ländermonitoring 106.500 Vollzeit-Fachkräfte. Die GEW warnt vor einer weiteren Verschärfung der Lage durch Pensionierungen. „Wir müssen dringend mehr Menschen für dieses gesellschaftspolitisch so wichtige Feld gewinnen“, sagt Köhler, „dazu braucht es zumutbare und verlässliche Arbeitsbedingungen.“ Benötigt werde eine nationale Offensive von Bund, Ländern und Kommunen, um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Bei genauer Betrachtung, so Köhler, fehlten nicht nur die Erzieherinnen und Erzieher – sondern auch die Lehrkräfte, die sie ausbilden: „Wir haben es mit einer massiven und strukturellen Personalnot zu tun.“

Zu wenig Anerkennung

Auf einen zusätzlichen Grund dafür, dass nicht mehr Menschen in den Erzieherberuf strömen, macht eine weitere aktuelle Studie aufmerksam: „TALIS Starting Strong“**, für die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Antworten von 18.000 Fach- und Leitungskräften der frühkindlichen Bildung aus acht Ländern auswertete***. Demnach fühlen sich Erzieherinnen und Erzieher lediglich in Japan und Island weniger anerkannt als in Deutschland. In der Bundesrepublik gab kaum mehr als jede dritte Erzieherin (36 Prozent) an, von der Gesellschaft wertgeschätzt zu werden; in Israel liegt diese Zahl mehr als doppelt so hoch. Noch weniger, nämlich nur rund ein Viertel der Befragten (26 Prozent), sind mit ihrem Gehalt zufrieden.

Und das, obwohl die deutschen Fachkräfte gut vorbereitet sind: 97 Prozent im vorschulischen und 95 Prozent im Kleinkindbereich sind speziell für die Arbeit mit den Mädchen und Jungen ausgebildet; das ist im internationalen Vergleich der höchste Anteil. Allerdings ist unter denen, die in anderen Staaten für den Erzieherberuf ausgebildet werden, der Bildungsstand häufig höher, vor allem, weil der Bachelor verbreiteter ist als hierzulande. Josefine Koebe, die für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Ergebnisse kommentierte, erklärte, zu den derzeitigen Bedingungen zöge es aus den hiesigen Studiengängen „nur einen Bruchteil“ der Absolventen in die Kitas: „Das akademische Selbstverständnis und die Professionalisierung müssen vorangebracht werden.“ Defizite hat die OECD zudem der Vorbereitung der Leitungskräfte auf ihre komplexen Aufgaben attestiert. Vor allem zu den Themen Inklusion, Mehrsprachigkeit und Elternarbeit wünschen sich deutsche Fachkräfte mehr Fortbildung. Interessante Erkenntnisse liefert „TALIS Starting Strong“ zur Qualität der Kita-Arbeit: Denn erstens wenden Fachkräfte, die gut ausgebildet sind, nachweislich eine größere Bandbreite von Methoden an. Zweitens wird auch, wer sich besser anerkannt fühlt, der anspruchsvollen Aufgabe der frühkindlichen Bildung besser gerecht. Arno Engel, Leiter der OECD-Studie, sagte bei der Vorstellung in Berlin: „Fachkräfte, die sich wertgeschätzt fühlen, stellen ihre Arbeit mehr auf die Bedürfnisse der Kinder ein“.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***bit.ly/laendermonitoring-2019**
****bit.ly/oecd-starting-strong-2018**
*****Chile, Deutschland, Island, Israel, Japan, Süd-Korea, Norwegen, Türkei**

Friedens-Pädagogen (w/m/d) für die Welt gesucht

Mehr unter:
info.brot-fuer-die-welt.de/fachkraefte/stellenangebote

Dienste in Übersee
Partner von Brot für die Welt

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch:
- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
- **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
- **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

Globales Lernen und Portale

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:
- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
- das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
- das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder

WUS World University Service
World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Tel: 0611/446648 * info@wusgermany.de *
www.wusgermany.de

Aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken

// Rund 550 Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule, von Trägern, Politik und Verwaltung, Lehrende und Forschende trafen sich Mitte Oktober in Jena zum Bundeskongress Schulsozialarbeit. Am Ende wurde die „Jenaer Erklärung“ verabschiedet. Deren Ziel ist die finanzielle und rechtliche Absicherung des Bildungsbereiches. //

Christine Schmidt ist studierte Erziehungswissenschaftlerin, Kinder- und Jugendtherapeutin und seit zehn Jahren Schulsozialarbeiterin an der Montessori-Schule in Jena. Mit ihrem Kollegen, dem Sozialarbeiter Martin Pietrwoski, teilt sich die 46-Jährige derzeit eine einzige Stelle für rund 500 Schülerinnen und Schüler. Meist ist das zu wenig, denn das Team mit dem offenen Ohr für die ganze Schule ist gefragt. „Unsere Tür geht ständig auf“, berichten die beiden, die über zwei freie Träger beschäftigt sind.

Zwar gibt es an der gut ausgestatteten Schule kaum Probleme mit Drogen oder Rechtsextremismus, doch prägen viele gesellschaftliche Krisenthemen den Arbeitsalltag der Schulsozialarbeit: Gewalt, Transgender-Fragen, Migration und Traumatisierung etwa. Hinzu kommen die klassischen Aufgaben von Schulsozialarbeit wie Klassenklimaprojekte, Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer bei Konflikten, Erziehungskompetenztrainings für Eltern, zudem Bewerbungstrainings und Ausbildungsplatzsuche. „Man ist für alle und alles da“, sagt Schmidt.

Die Schule weiß das Engagement zu schätzen: „Die Schulsozialarbeit ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken: Sie hat einen ganz eigenen Blick auf die Heranwachsenden und auf das pädagogische Handeln“, betont Oberstufenleiterin Grit Ortelbach. Weil ihre Arbeitszeit kaum für alle Anforderungen ausreicht, hofft das Team auf eine baldige Aufstockung der Mittel. Immerhin will Thüringen ab 2020 mehr als zehn Millionen Euro zusätzlich bereitstellen, um landesweit weitere 180 Schulsozialarbeiterinnen- und -arbeiter-Stellen zu finanzieren.

Unklare Regelungen

Jüngst war die Jenaer Montessori-Schule Gastgeber des zweitägigen Bundeskongresses Schulsozialarbeit „Bildung, Chancen, Gerechtigkeit“. Rund 550 Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule, von Trägern, Politik und Verwaltung, Lehrende und Forschende diskutierten in mehr als 100 Vorträgen, Foren und Workshops die Weiterentwicklung von Schulsozialarbeit. Zum Abschluss verabschiedeten die Teilnehmenden die Jenaer Erklärung*. Deren Ziel: die finanzielle und rechtliche Absicherung der Schulsozialarbeit. „Schulsozialarbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit, damit sie qualitätsvoll zu mehr Chancen- und

Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter stoßen oft an Grenzen des Systems Schule. Manchmal haben sie das Gefühl der Einzelkämpferin oder des Einzelkämpfers.

Foto: Sebastian Willnow

Bildungsgerechtigkeit beitragen kann“, heißt es in der Erklärung. Sie müsse an allen Schulen und für alle jungen Menschen verbindlich etabliert werden.

Organisiert hat den Kongress der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit, eine Art Denkfabrik mehrerer Träger, den die GEW 2001 mitgründete und bis heute mitfinanziert. Trotz des wachsenden Arbeitsfeldes seien die Regelungen und die Unterstützung für Schulsozialarbeit in Deutschland bisher viel zu unterschiedlich, kritisiert GEW-Vorstandsmitglied Björn Köhler: diverse Strukturen und Träger, unklare Aufgaben, viele Professionen. Köhler setzt sich für eine Verankerung der Schulsozialarbeit im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII ein, um die Rahmenbedingungen zu verbessern: „Schulsozialarbeit muss in allen Bundesländern als professionelles Angebot systematisch weiterentwickelt und abgesichert werden.“ Das trage zu mehr Chancengerechtigkeit am Lern- und Lebensort Schule bei. Für jede Schule oder jeweils 150 Schülerinnen und Schüler solle eine Schulsozialarbeit-Stelle bereitstehen. Für deren verlässliche und nachhaltige Finanzierung müsse der Bund den Kommunen die nötigen Gelder bereitstellen, mahnt Köhler.

Gewaltprävention

Die GEW bereitet derzeit die Tarifrunde 2020 vor, bei der es um eine höhere Eingruppierung des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gehen wird, an den sich auch viele freie Träger anlehnen (s. S. 22 f.). „Wir wollen in der heißen Phase im Herbst 2020 mit einer Kampagne den Wert der Schulsozialarbeit für die Gesellschaft deutlich herausstellen“, kündigt Köhler an. Ein Workshop beim Bundeskongress machte deutlich: Schulsozialarbeit dient dem Schutz von Kindern und der Gewaltprävention, sie ist Lotse bei den Übergängen zwischen Schule und Berufsleben, sie verbessert ein spannungsfreies Miteinander im Lern- und Lebensraum Schule und damit nicht zuletzt die Bildungsqualität.

Dabei hat sich das Berufsbild in den vergangenen Jahren gewandelt, wie Nicole Pötter, Professorin für Grundlagen der Sozialen Arbeit an der Hochschule München, beobachtet. Der Übergang von der Schule in den Beruf, traditionell Schwerpunktthema von Schulsozialarbeit, sei durch neue Berufsbilder und Akteure in den Hintergrund gerückt. Doch die Profession dürfe in dieser für Jugendliche wichtigen Phase der Selbstorientierung, Qualifizierung und Verselbstständigung nicht zurückgedrängt werden. „Wir haben nach wie vor einen Einmischungsauftrag“, betont Pötter, die vor ihrer Professur selbst in der Schulsozialarbeit tätig war. „Schulsozialarbeit ist eine Expertin für Kinder- und Jugendwelten, die andere Bereiche nicht kennen. Und wir sind dafür ausgebildet.“ Neben der Vermittlung zwischen den Wünschen, Bedürfnissen und Ängsten der Jugendlichen einerseits und den Institutionen andererseits gehöre dazu die Aufgabe, auch mal Alarm zu schlagen.

„Kinder brauchen ein stabiles Netz der Kooperation von Erwachsenen“, sagt Annedore Prengel, Seniorprofessorin an der Universität Frankfurt. Nach Ansicht von Stephan Mielke, Sozialarbeiter an einer Berufsschule in Bernkastel-Kues in Rheinland-Pfalz, stößt Jugendhilfe dabei oft „an Grenzen des Systems Schule. Manchmal hat man das Gefühl des Einzelkämpfers und wünscht sich eine stärkere Lobby“. Der Jenaer Bundeskongress sei eine gute Gelegenheit gewesen, sich auszutauschen, zu vernetzen und Probleme sichtbarer zu machen.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

***bit.ly/jenaer-erklaerung-schulsozialarbeit**

Bildergeschichte „Aufruhr im Hühnerstall“
Vermitteln Sie Kindern im Grundschulalter das Thema Vielfalt spielerisch. Mit Ideen für den Unterricht und Bildern für ein Kamishibai – dem japanischen Holztheater.

Kostenlos herunterladen

Entdecken Sie unser Materialangebot:
www.cbm.de/material

Ihre Ansprechpartnerin:
Marzena Gergens
Telefon: (0 62 51) 131-295
E-Mail: material@cbm.de

cbm
christoffel blindenmission
gemeinsam mehr erreichen

STAMM Verlag
E&W Verlagsreisen

Baltikum

8-tägige Flugreise
diverse Termine von Mai bis September 2020

ab € 1.325,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 275,- p. P.

Baltische Hauptstädte
und die Kurische Nehrung

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

„Keine Dienstpflicht-verletzungen erkennbar“

// Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler treten in Videofilmen auf, die Produkte von Google und Microsoft positiv darstellen. Das verstößt nach Expertenmeinung gegen Schulgesetze. Doch Ministerien und Schulaufsicht fällt eine Bewertung schwer. //

Morgendämmerung. Schüler radeln am Ufer entlang. „Ich bin Theo, 17 Jahre“, stellt sich einer der Schüler vor. Schnitt. Deutschlehrer Björn Nölte, mit Notebook unterm Arm, spricht von der „digitalen Gesellschaft“. Er betont: „Google Classroom gehört bei uns inzwischen zur Schule mit dazu.“ Gemeint ist eine Internetplattform, auf der Lehrkräfte unter anderem Aufgaben formulieren und an die Schülerinnen und Schüler verteilen. Diese bearbeiten die Aufgaben dann am Notebook, auch in Gruppen. „Macht halt Spaß, wenn man so ein Dokument hat, wo alle zusammen drin sind“, sagt die 18-jährige Alesja im Video.

Der YouTube-Clip entstand im Februar 2019 an der Voltaireschule in Potsdam, einer Gesamtschule. Die zuständige Schulaufsicht hatte nichts einzuwenden. „Schulaufsichtlich sind meinerseits hier keine Dienstpflichtverletzungen der Schulleitung erkennbar.“ Das schreibt Eckhard Dörnbrack vom Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel am 13. Mai 2019. Angefragt hatte René Scheppler, Lehrer in Wiesbaden, GEW-Mitglied und seit Jahren gegen unzulässige Werbung an Schulen aktiv.

Wir bitten das Schulministerium des Landes Brandenburg um Stellungnahme. Pressesprecher Ralph Kotsch schreibt uns am 7. Juni: Ein Auftreten von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften bei Werbeaktionen „dürfte im direkten schulischen Kontext, insbesondere auf dem Schulgelände, problematisch sein“. Am 24. Juli erklärt der Pressesprecher: Besagter Videofilm werde „geprüft und bewertet“. Mehr als drei Monate später läuft die Prüfung immer noch. Am 6. November schreibt uns das Ministerium: „Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, kann noch kein Ergebnis mitgeteilt werden.“ Was sagt Karen Pölk, Schulleiterin der Voltaireschule, zum Video? Sie erklärt: „Ich habe von der Schulamtsleiterin eine schriftliche dienstliche Anweisung, dass ich dazu keine Auskunft erteilen darf.“

Werben für Google

Um die Öffentlichkeitsarbeit von Google Germany kümmert sich Ralf Bremer. Er schreibt auf Anfrage: „Das Video wurde – gemeinsam mit der Voltaireschule – von unserem Partner Cloudwürdig realisiert.“ Die Cloudwürdig GmbH schult Firmen, Schulen, Hochschulen sowie Einrichtungen des Gesundheitswesens darin, Google-Produkte einzusetzen. Bremer erklärt außerdem: Die Potsdamer Schule beteilige sich an einem Pilotprojekt von Cloudwürdig, bei dem es „um kollaboratives Arbeiten mit digitalen Medien“ gehe. Wir wollen wissen: Wer hat den Videofilm finanziert? Was sagt Google Germany zur Einschätzung des Schulministeriums, der Videofilm dürfte „problematisch“ sein? In welchen Bundesländern und an wie vielen Schulen gibt es ähnliche Pilotprojekte? Diese Fragen beantworten Ralf Bremer und der Google-Partner Cloudwürdig nicht.

Auf Facebook entdecken wir: Cloudwürdig rief Schulen im Jahr 2018 dazu auf, sich als „Google-Leuchtturmschule“ zu bewerben. Auf der Webseite von Google steht noch im August 2019 in fehlerhaftem Deutsch, was die Schule als Gegenleistung zu erbringen hat: „Als eine unserer ausgewählten Leuchtturmschulen, können wir Sie bitten, Sie in einem unserer Blog-Posts, Fallstudien, Presseinterviews zu präsentieren oder Sie einzuladen, auf einer Veranstaltung über Ihre Erfahrungen mit unseren Tools zu sprechen.“

Helmut Schorlemmer (68), ehemaliger Leiter eines Gymnasiums im westfälischen Unna und Schulsponsoring-Berater des Landes Nordrhein-Westfalen, urteilt: Der Videofilm sei „rechtswidrig“, er verletze das „Neutralitätsgebot der Schule“. Ebenfalls rechtswidrig sei es,

dass „Leuchtturmschulen“ über ihre Erfahrungen in Google-Veröffentlichungen und auf Google-Veranstaltungen berichten sollen. „Das sind ja aktive Werbemaßnahmen für ein Produkt“, findet Schorlemmer. Schulsponsoring sei nur erlaubt, wenn die Gegenleistung der Schule „defensiv“ sei. Angenommen, die Sparkasse fördere ein Projekt. „Dann ist es okay, wenn die Schule den Namen des Sponsors nennt und sich bedankt.“ Die Schulleiterin oder der Lehrer dürfe aber nicht sagen, „die Sparkasse hat die besten Zinsen“.

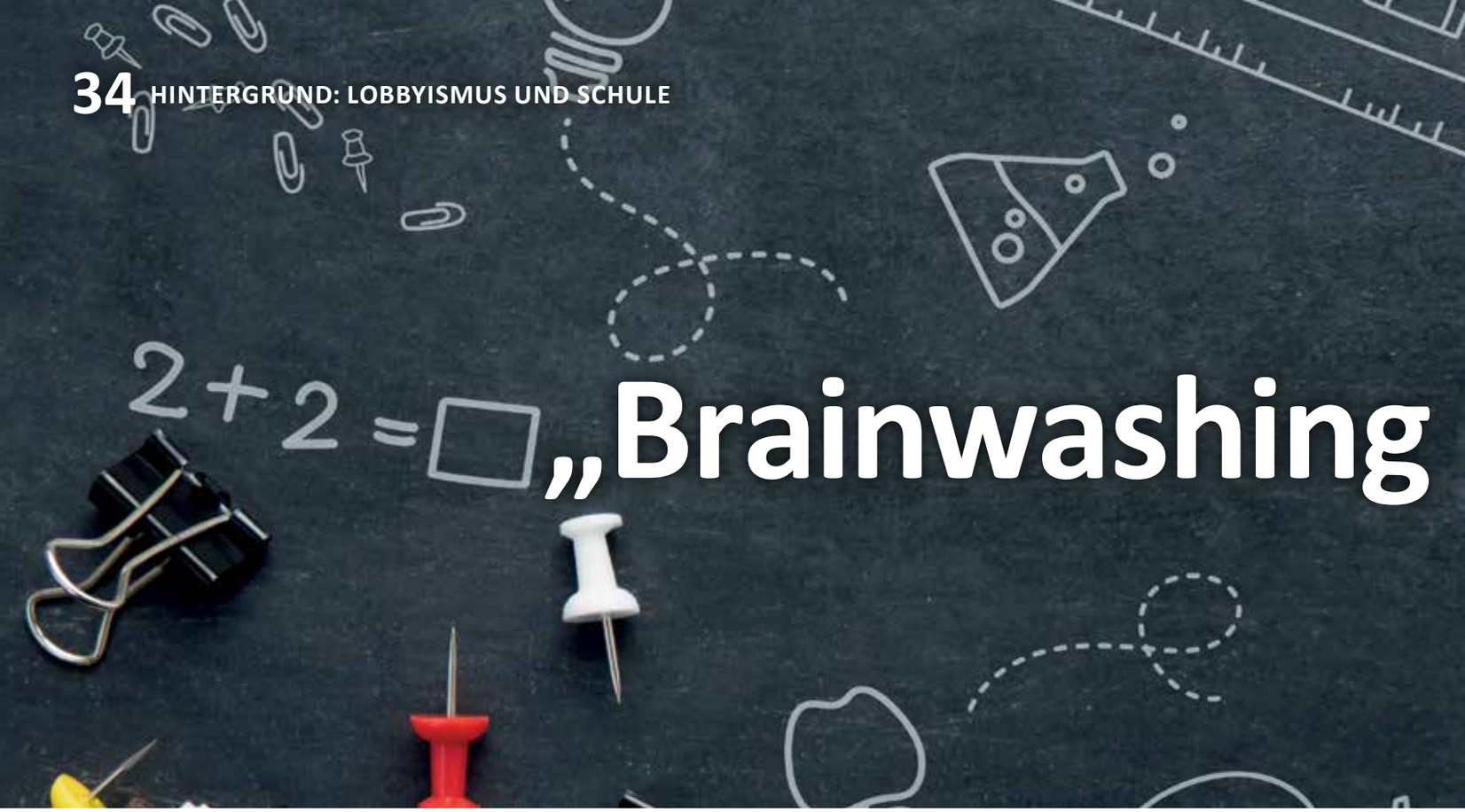
Ortswechsel. Birkenau, Kreis Bergstraße in Südhessen. Die örtliche Langenbergschule, eine Realschule, kooperiert mit Microsoft Deutschland – und wirkt ebenfalls in einem YouTube-Video mit. Der Clip heißt: „Die Schulen des Kreis Bergstrasse setzen auf Office 365 aus der Cloud/Microsoft“. Im Video sagt Lehrer Thomas Rech unter anderem: „Die Schüler dürfen die Microsoft-Lösung auf bis zu 15 Endgeräten installieren.“ Auch Schülerinnen und Schüler sind im Clip zu sehen. Schulsponsoring-Experte Schorlemmer urteilt: Das Video sei eine „unzulässige aktive Einbindung von Lehrpersonal in kommerzielle Werbemaßnahmen“. Das verletze die hessische Dienstordnung für Lehrkräfte. Auch die Schulleitung habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Das hessische Schulministerium erklärt nach monatelanger Prüfung am 5. November: Gegen den Lehrer sei ein Disziplinarverfahren eröffnet worden, „wegen möglicher Verstöße gegen das Werbeverbot im Hessischen Schulgesetz“. Microsoft Deutschland räumt auf Anfrage ein, das Video sei „auf Kosten von Microsoft“ produziert worden. Es handele sich um „einen Erfahrungsbericht“, nicht um Werbung. „Im Rahmen von Veranstaltungen/Messen“ seien keine Lehrkräfte oder Schülerinnen und Schüler aufgetreten.

Marktmacht der Konzerne

Schorlemmer missfällt das Verhalten der Digital-Konzerne: „Aufgrund ihrer Marktmacht erlauben sie sich eine nicht zulässige Einflussnahme auf Schulen.“ Versäumnisse sieht er in allen 16 Bundesländern. „Auf Seiten der Verantwortlichen in Schulen, Schulaufsicht und Kultusministerien fehlt der Mut, das zu unterbinden.“ Er fordert ein Umdenken: „Lehrerinnen und Lehrer können sich doch nicht zu Außendienstmitarbeitern von Google oder Microsoft machen lassen!“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Karikatur: Christiane Pfohlmann



„Brainwashing

// „Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus“.* So heißt eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung. E&W sprach mit dem Autor Professor Tim Engartner von der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. //

E&W: Warum diese Studie? Dass Unternehmen mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien versuchen, ihre Produkte oder ihre Weltsicht in Schulklassen zu bewerben, ist ja kein neues Thema.

Tim Engartner: Das stimmt, aber die Studie ist der Versuch, diese Art von Lobbyismus als Massenphänomen nachzuweisen. Sie belegt, dass die Lobbyaktivitäten zu weitreichend sind, als dass die Bildungspolitik sie noch länger tolerieren kann.

E&W: Sie haben 30 Großunternehmen unter die Lupe genommen. Wie viele bieten eigene Unterrichtsmaterialien an?

Engartner: Grundsätzlich kann man sagen, dass 20 der 30 Großunternehmen Unterrichtsmaterialien finanzieren, produzieren oder distribuieren. Besonders aktiv sind Firmen aus der Finanz-, der Automobil- und der Energiewirtschaft. Wenn die Unternehmen nicht selbst die Materialentwicklung anstoßen, sind sie über Initiativen, Netzwerke oder Vereine aktiv. Ein bekanntes Beispiel ist der Verein Wissensfabrik, der mehr als 140 Unternehmen unter seinem Dach vereint.

E&W: Können Sie ein Fallbeispiel nennen, das Sie besonders empört hat?

Engartner: Besonders krass ist ein Unterrichtsmaterial von BMW. Da werden Kinder im Grundschulalter aufgefordert, die Frontansicht eines BMW nachzuzeichnen. Mund, Nase, Augen – fertig ist das BMW-Gesicht. Sie sollen sich damit beschäftigen, wie einzelne Automobile der Marke BMW aussehen. Das ist Brainwashing in Reinkultur. Man nimmt auch zunehmend Vorschulkinder in den Blick: Da verteilt Currenta, ein Ableger des Bayer-Konzerns, ein Wimmelbilderbuch über das „Chempark“-Betriebsgelände. Von der Deutschen Börse AG gibt es ein Pixi-Buch namens „Markt der Tiere“, das die Funktionsweise des Marktes erläutert. Mittlerweile geht man im Kampf um die Köpfe auch auf die Jüngsten zu.

Foto: Uwe Dettmar

Prof. Tim Engartner

E&W: Sind Sie denn grundsätzlich dagegen, dass Unternehmen auf Schulen zugehen?

Engartner: Nicht grundsätzlich, nein. Viele Konzerne bieten Werksbesichtigungen für Schulen an, andere laden ins eigene Chemielabor ein. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft durchaus legitim. Kinder und Jugendliche haben so Gelegenheit, einen Blick über die Schul- und hinter die Werkstore zu werfen. Auch die Beteiligung von Firmen an Berufsorientierungstagen in Schulen ist nicht wirklich bedenklich. Aber die Einbindung privatwirtschaftlicher Angebote in den Regelunterricht halte ich für ein Problem. Die Schule ist ein neutraler Bildungs- und Sozialisationsraum, den es zu respektieren gilt.

E&W: Sind Unternehmen an bestimmten Schulformen und in bestimmten Regionen besonders präsent?

Engartner: Natürlich stürzen sich die Unternehmen in erster Linie auf die kaufkräftige Klientel der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Firmen sind besonders aktiv an den Unternehmensstandorten, sie engagieren sich bevorzugt im Rhein-Main-Gebiet, im Südwesten und in Nordrhein-Westfalen – und weniger in den strukturschwachen Re-

in Reinkultur“

Foto: Adobe Stock

gionen. Da gibt es tatsächlich eine Ungleichverteilung.

E&W: Was sagen Schul- und Kultusministerien zu den Lobby-Materialien?

Engartner: Das hat mehrere Facetten. Zum einen gibt es diejenigen in den Ministerien, die den Materialien mit Grußworten Glaubwürdigkeit verleihen. Andere nehmen sie billigend zur Kenntnis, sehen darin eine Bereicherung des vermeintlich lebensfremden oder jedenfalls lebensfernen Schulalltags. Und dann gibt es die Gruppe derer, die ihren wachen Blick auf didaktisch desaströse und thematisch selektive Unterrichtsmaterialien richten. So hat etwa das Land Hessen per Erlass untersagt, ein Schulbuch des „Network for Teaching Entrepreneurship“ zu verwenden.

E&W: Es gibt in Ministerien ja auch die Haltung: Unsere Lehrkräfte sind kompetent genug, um Lehrmaterialien von Unternehmen zu beurteilen. Klingt doch plausibel.

Engartner: Ich bin da skeptisch. Erstens, weil im Studium kaum vermittelt wird, was sich hinter dieser lobbyistisch motivierten Einflussnahme verbirgt. Zweitens, weil wir einen extrem hohen Anteil an fachfremden Lehrkräften haben, gerade in den sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern. Das dritte Argument zielt auf die von Lehrerinnen und Lehrern immer wieder als zu knapp wahrgenommene Zeit für die Unterrichtsvor- und -nachbereitung.

E&W: Was fordern Sie, damit fragwürdige Lehr- und Lernmaterialien künftig nicht mehr in die Klassenzimmer gelangen?

Engartner: Ich denke, es braucht keine Materialien von privaten Akteuren. Wenn man dieser Forderung aber nicht nachkommt, dann sollten diese Materialien nicht anders behandelt werden als die, die Schulbuchverlage auflegen. 13 von 16 Bundesländern prüfen ja bereits die Schulbücher. Dieser Prüfmechanismus sollte bundesweit auch bei Materialien privater Content-Anbieter greifen.

E&W: Der Verbraucherzentrale Bundesverband bietet seit September 2019 wieder den „Materialkompass“ (s. S. 36) an. Das heißt, kostenlose Unterrichtsmaterialien werden durch Fachleute geprüft, die Ergebnisse stehen für jeden nutzbar im Internet. Was sagen Sie dazu?

Engartner: Der Materialkompass ist das, was man brauchte, wenn man eine Prüfstelle etablieren wollte. Dessen Team macht einen tollen Job. Allerdings wurde der Materialkompass zwischenzeitlich mangels Finanzierungsmöglichkeiten ausgesetzt. Das lässt erkennen, dass er politischen Großwetterlagen ausgesetzt ist. Eine Prüfstelle müsste aber auf Dauer gestellt und besser finanziert sein, um dauerhaft alle kursierenden Materialien zu erfassen.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***„Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus“ (zum kostenlosen Download): bit.ly/obs-schule-lobbyismus**

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Foto: Adobe Stock

Neustart für den Materialkompass

// Immer mehr Unternehmen, Verbände und Stiftungen bieten Unterrichtsmaterialien für Schulen an. Laut Lobbycontrol mischen 22 der 30 Dax-Konzerne auf dem Markt mit. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat daher seinen Materialkompass zur Qualitätsprüfung reaktiviert. //

Für freie Bildungsmaterialien aus der Wirtschaft haben Expertinnen und Experten des vzbv-Materialkompasses* in den Jahren 2011 bis 2014 in 18 Prozent der Fälle die Note mangelhaft vergeben. Die Angebote waren interessengeleitet, einseitig oder inhaltlich falsch. Einige Anbieter, deren Materialien durchfielen, zogen diese zurück, andere überarbeiteten sie. „Unsere Kritik wird ernstgenommen“, sagt Materialkompass-Referentin Annette Fesefeldt.

Die GEW fordert seit Jahren eine staatliche Stelle, die die freien Bildungsmedien auf fachliche und didaktische Qualität prüft, nach verbindlichen Standards bewertet und Empfehlungen für Lehrkräfte gibt. Bisher ist der vzbv-Materialkompass die einzige unabhängige Bewertungsplattform. Und das aktiv auch erst wieder seit September 2019. Zwischen Ende 2014 und Anfang 2016 wurde das vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) finanzierte Onlineportal auf Eis gelegt. Der über Projektmittel geförderte Service entpuppte sich als Daueraufgabe, dafür gab es zunächst keine Gelder. Da Union und SPD die Fortsetzung des Materialkompasses im Koalitionsvertrag 2018 festschrieben, wurde aus der projektbezogenen eine dauerhafte Zuwendung des BMJV.

Nun ist die Datenbank mit vier Themenbereichen zurück: Ernährung & Gesundheit; Finanzen, Marktgeschehen & Verbraucherrecht; Medien & Information; nachhaltiger Konsum & Globalisierung. Ausführlich geprüft und benotet werden die fachliche, methodisch-didaktische und gestalterische Qualität. Derzeit wird der Materialkompass, in dem nach etlichen Kategorien gefiltert werden kann, intensiv aktualisiert. Denn freie Bildungsmedien sind ein boomender Markt: Die Universität Augsburg listete in einer Studie** rund 880.000 Lehrmaterialien im Internet, die Dunkelziffer liegt geschätzt bei einer Million. „Tendenz steigend“, sagt die Leiterin des vzbv-Teams Verbraucherbildung, Vera Fricke.

GEW wünscht sich mehr

Eine vzbv-Analyse*** ergab 2014, dass zwar mehr als 60 Prozent von 450 untersuchten freien Lehrmedien die Anforderungen erfüllten. Mit 75 beziehungsweise 70 Prozent stammten die sehr gut oder gut bewerteten Materialien indes von der öffentlichen Hand und von Nichtregierungsorganisationen. Knapp ein Fünftel der Angebote aus der Wirtschaft fiel durch – was bei einigen der Gescholtenen zu Kritik am Materialkompass führte. Der GEW und ihrem Einsatz gegen einen zunehmenden Lobbyismus an Schulen stärkte die Auswertung derweil den Rücken.

Daher begrüßt die Gewerkschaft den Neustart des Portals, wünscht sich aber noch deutlich mehr: „Die öffentliche Hand muss Verantwortung dafür übernehmen, wie Inhalte an Schulen kommen“, fordert GEW-Referentin Martina Schmerr und nennt als Beispiel eine entsprechende Stelle bei der Kultusministerkonferenz (KMK). Der Materialkompass untersuche den Markt nicht systematisch. Sein Umfang – derzeit 622 Angebote – sei zwar „stattlich“, die Auswahl teils aber „etwas zufällig“. Schmerr wünscht sich über die Verbraucherbildung hinaus zudem gewerkschaftliche Themenbereiche wie Arbeitswelt, Berufsorientierung oder Demokratie.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

*bit.ly/2lvvovi
**bit.ly/2kpsHuB
***bit.ly/2kSMQtc

Unendlich befristet?

// Wer an einer deutschen Hochschule als Nachwuchswissenschaftlerin oder -wissenschaftler in Forschung und Lehre arbeitet, tut das oft auf einer befristeten Stelle. Dagegen regt sich seit Jahren Widerstand – ganz maßgeblich von der GEW. In einem Positionspapier bekräftigten die Uni-Kanzlerinnen und -Kanzler allerdings, dass sie an den prekären Beschäftigungsverhältnissen festhalten wollen. //

Zeitverträge mit kurzen Laufzeiten, unsichere Berufsperspektiven und Karrierewege – für viele Beschäftigte im akademischen Mittelbau ist das seit vielen Jahren Realität. Neun von zehn der rund 180.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nur befristet angestellt – überwiegend mit Kurzzeitverträgen, die weniger als ein Jahr laufen. 2010 startete die GEW daher mit dem „Templiner Manifest“ eine Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung.

Nach vielen Jahren beharrlichen Bohrens dicker Bretter stellten sich die ersten Erfolge ein. Mit der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) von 2016 wurde unter anderem die sachgrundlose Befristung von Verträgen in der Qualifikationsphase eingeschränkt. Im Bündnis „Frist ist Frust“ setzt sich die GEW seit Anfang dieses Jahres dafür ein, dass mit den Mitteln des neuen Zukunftsvertrags, dem Nachfolgeprogramm des Hochschulpakts, mehr Dauerstellen im akademischen Mittelbau der Hochschulen geschaffen werden.

Das rief die Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten auf den Plan. Im September verteidigten die Verwaltungschefs der Hochschulen in der „Bayreuther Erklärung“ die Befristungspraxis und sprachen sich für den „Erhalt und die Entwicklung von Befristungsmöglichkeiten“ im akademischen Mittelbau aus. Diese sei „unverzichtbar“ zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses; denn sie stelle sicher, „dass Qualifizierungschancen auch den jeweils nachfolgenden Studierendengenerationen eröffnet werden können“, heißt es wörtlich in der Resolution.

Das Beschäftigungssystem der Universitäten im wissenschaftlichen Bereich sei „primär ein Qualifizierungssystem“ und dürfe daher nicht mit den gleichen Maßstäben „wie Beschäftigungsverhältnisse in der Wirtschaft und der Verwaltung gemessen werden“, so die Kanzlerinnen und Kanzler weiter. Befristete Anstellungen im Wissenschaftsbetrieb seien notwendig, damit „kontinuierlich Absolventinnen und Absolventen für Aufgaben in Wissenschaft, Wirtschaft oder Verwaltung ausgebildet werden können“.

GEW: Mehr Dauerstellen nötig

Diese Reduktion auf den Ausbildungscharakter der Universität, noch dazu mit dem Hinweis, Absolventinnen und Absolventen für Wirtschaft sowie Verwaltung zu qualifizieren, rief viel Kritik hervor. Widerspruch aus der Wissenschaft erntete die Resolution vor allem in den sozialen Netzwerken und in den Medien. So kritisierte Jule Specht, Professorin für Psychologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass Postdocs, also promovierte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich für eine Karriere an der Universität entschieden haben, weiterhin auf befristeten Stellen beschäftigt würden. Die „Bayreuther Erklärung“ differenziere nicht „zwischen Personen in der Promotionsphase, bei denen eine Befristung unstrittig ist, weil es um Qualifizierung geht, und der Phase nach der Promotion, in der man sich nicht qualifiziert, sondern vor allem einen großen Beitrag für Lehre und Forschung an den Universitäten leistet und insofern eigentlich nach der Promotion unbefristet beschäftigt werden sollte“.

Die GEW bezeichnet die „Bayreuther Erklärung“ als „anachronistisch“. Die Uni-Kanzlerinnen und -Kanzler „sollten sich endlich ihrer Verantwortung für faire Beschäftigungsbedingungen und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft stellen“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte der GEW Andreas Keller. Als Personalchefs ihrer Unis hätten sie es selbst in der Hand, für mehr Dauerstellen zu sorgen. „Was wir brauchen, ist ein angemessenes Verhältnis von befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen: Ein Verhältnis von 9 zu 1 befristet zu unbefristet ist aber alles andere als angemessen.“

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

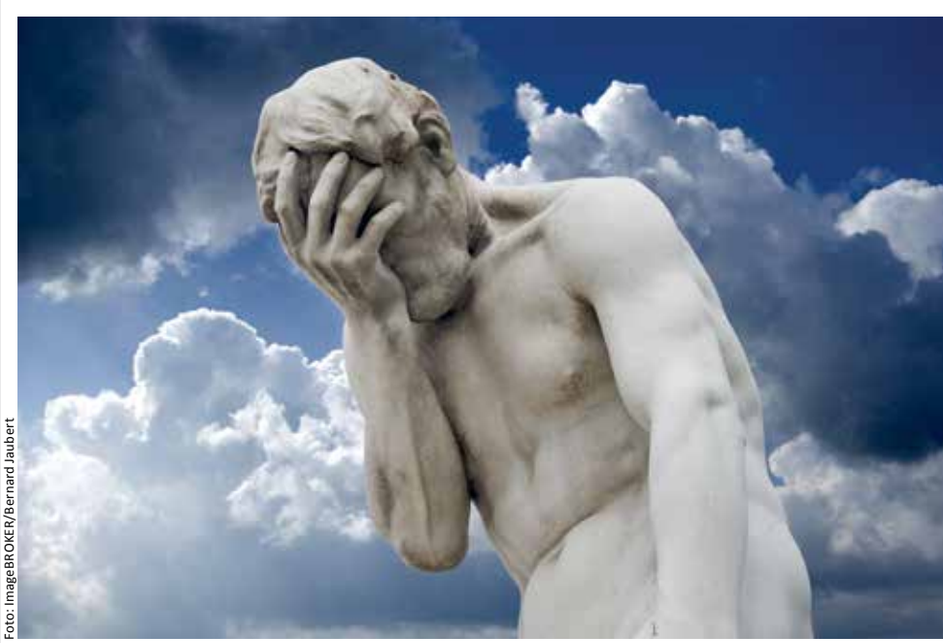


Foto: imageBROKER/Bernard Jaubert

Die Uni-Kanzlerinnen und -Kanzler haben sich für eine Beibehaltung der Befristungspraxis an den Hochschulen ausgesprochen. Das ist beschämend und für viele betroffene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein Riesenproblem.

Viel Bürokratie, wenig Teilhabe

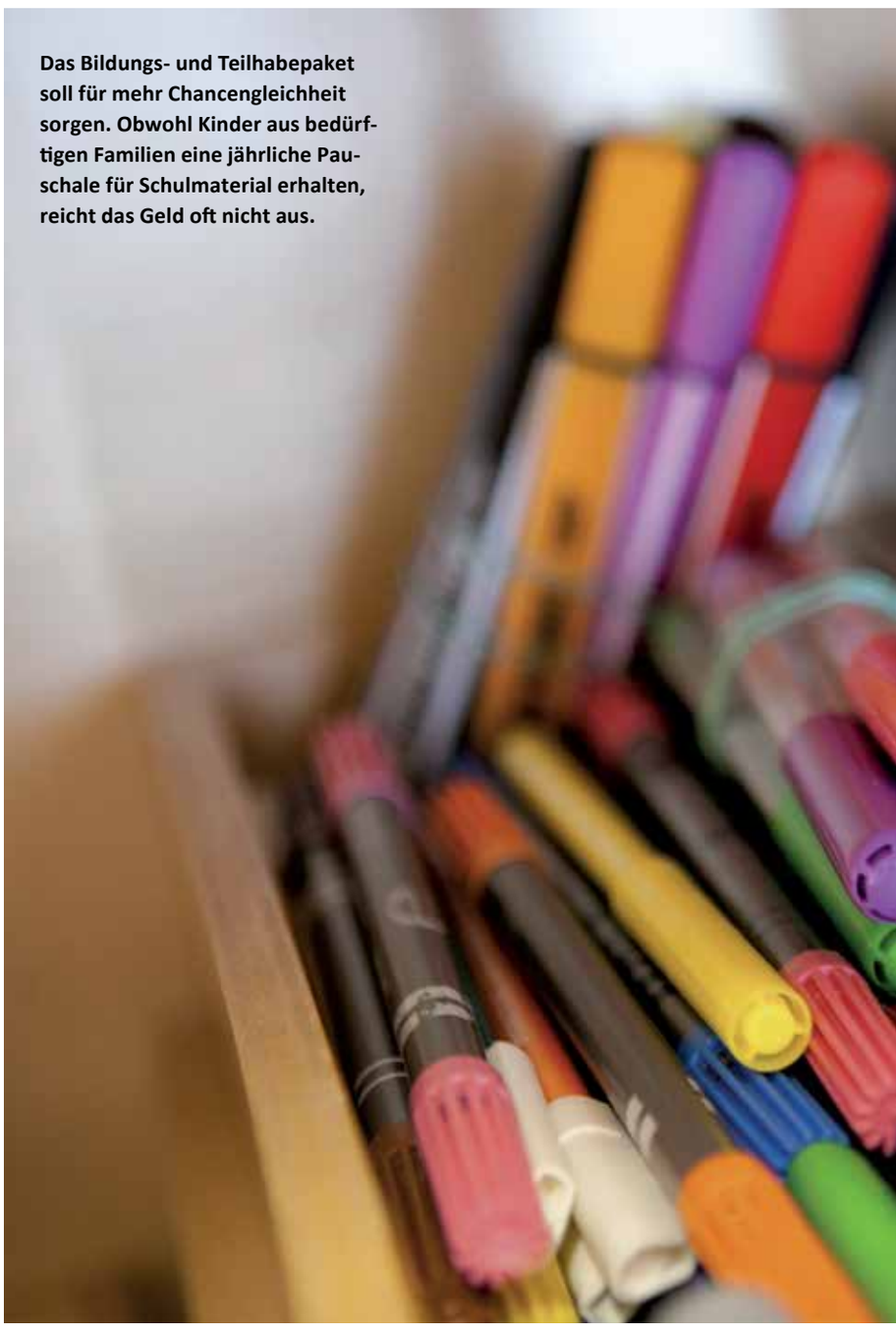
// Faire Chancen auch für arme Kinder: Das verspricht die Bundesregierung mit der Reform des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT). Verbände und GEW kritisieren, dass die Angebote kaum Wirkung entfalten. //

In der Schublade von Klara Müller* lagert stets ein halbes Dutzend Hefte, Lineale und Radiergummis auf Vorrat. Wenn es in der Familie eines Schülers gerade eng ist, bringt die Sonderpädagogin, die an der Astrid-Lindgren-Schule im schleswig-holsteinischen Mölln unterrichtet, das Schulmaterial von zu Hause mit. Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler lebt in Familien mit Hartz-IV-Bezug. „Bei einigen fehlt das Geld für jede Extra-Ausgabe“, berichtet Müller. Auch die Unterrichtslektüre zahle sie schon mal aus eigener Tasche. Eine „Selbstverständlichkeit“, sagt die Pädagogin, denn sie möchte „alle Kinder mitnehmen“.

Hilfe kommt nicht an

Laut Paritätischem Gesamtverband wächst mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut auf. Kinderarmut fange dabei nicht erst an, wenn das Nötigste an Kleidung, Essen oder Wohnraum fehle. Sondern bereits dann, „wenn sie aus finanziellen Gründen nicht mehr mitmachen können – beim Sport, bei Schulveranstaltungen, bei Festen“, so der Paritätische. Für Bernd Schauer, Geschäftsführer des GEW-Landesverbandes Schleswig-Holstein, ist es ein Skandal, dass der Staat zu wenig unternimmt, um diesen Heranwachsenden ein gleichberechtigtes Lernen zu ermöglichen. Und: Die Verantwortung dürfe „nicht auf den Schultern der Kolleginnen und Kollegen in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen abgeladen werden“, so Schauer. Obwohl Kinder aus bedürftigen Familien eine jährliche Pauschale für Schulmaterial von aktuell 150 Euro aus dem BuT erhalten, reiche das Geld für Materialien wie Taschenrechner, Federtasche und Sportschuhe „vorne und hinten nicht“, berichtet Müller. Laut einer Studie aus Schleswig-Holstein** liegen „allein die Ausgaben für die zur Teilnahme am Schulunterricht notwendige Grundausstattung mit durchschnittlich 400 Euro weit über den dafür vorgesehenen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets“, sagt Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes.

Dabei hat die Bundesregierung das Gesetzespaket im Jahr 2011 auf den Weg gebracht, um Kindern aus armen Familien faire Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Bildung einzuräumen. Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil kritisiert, dass die Ausgaben für Schulbildung und die Teilnahme an Sport-,



Das Bildungs- und Teilhabepaket soll für mehr Chancengleichheit sorgen. Obwohl Kinder aus bedürftigen Familien eine jährliche Pauschale für Schulmaterial erhalten, reicht das Geld oft nicht aus.

Musik- oder kulturellen Aktivitäten nicht ausreichend in den Hartz-IV-Regelsätzen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt seien. Da den Eltern nicht zugetraut wird, dass sie das Geld für ihre Kinder ausgeben, war eine Erhöhung der Regelsätze politisch nicht gewollt. Stattdessen wurden im BuT die bisherigen einmaligen Leistungen für Schulmaterial, Nachhilfe und Klassenfahrt zusammengefasst. Hinzu kamen Zuschüsse zu Schülerbeförderung, Schulessen sowie Leistungen für eintägige Ausflüge. Neu war außerdem die Teilhabeleistung, ein Beitrag von zehn Euro monatlich. Der sollte Kindern aus armen Familien ermöglichen, auf Ferienfreizeiten zu fahren, Fußball im Verein zu spielen oder ein Musikinstrument zu erlernen.

Verbände kritisieren, dass die Hilfen viel zu bürokratisch organisiert seien und bei den Bedürftigen nicht ankämen. Laut einer aktuellen Studie der Paritätischen Forschungsstelle*** wird nur jedem siebten Heranwachsenden aus einer antragberechtigten Familie die Teilhabeleistung bewilligt. Das bedeutet: Rund 85 Prozent erhalten keine Zuschüsse für Sport-, Musik- oder kulturelle Aktivitäten. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, nennt das BuT ein „Zuschusspaket“: Meist reiche die Summe nicht einmal aus, um Musikunterricht oder Sportverein zu bezahlen.

Reform nur „Stückwerk“

Einige Kritikpunkte scheinen beim Gesetzgeber angekommen zu sein. So wurden die Leistungen ab dem 1. August 2019 aufgestockt. Zudem haben die Kommunen nun die Möglichkeit, sowohl Antragsstellung als auch Gewährung zu entbürokratisieren. Im Kampf gegen Kinderarmut sind diese Reformen nach Ansicht des Paritätischen Gesamtverbands lediglich „Stückwerk“. „Noch immer sind Kinder aus armen Haushalten bei der Teilhabe außen vor“, so Schneider und fordert eine komplette Neuausrichtung. Der Verband empfiehlt, einen verbindlichen Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz einzuführen. Es müssten gute Angebote für alle Heranwachsenden geschaffen werden, so Schneider. Die bisherigen Teilhabeleistungen seien davon abhängig, dass es vor Ort überhaupt passende Angebote gibt. „Nur ein Rechtsanspruch sorgt dafür, dass auch wirklich entsprechende Angebote vorgehalten werden.“ Darüber hinaus fordern GEW und Verbände eine Kindergrundsicherung von rund 620 Euro, die mit steigendem Einkommen der Eltern abgeschmolzen wird. Nur auf diesem Wege könne man „Ausschluss und Stigmatisierung entgegentreten“, so Schauer von der GEW.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Bündnis Kindergrundsicherung; www.kinderarmut-hat-folgen.de
***Name geändert**
****bit.ly/sh-studie-lernmittelfreiheit-pdf**
*****Paritätischer Wohlfahrtsverband: Expertise zum Bildungs- und Teilhabepaket; bit.ly/paritaet-but2019-pdf**

Foto: mauritius images/SZ Photo Creative/Florian Peljak

BuT: Das ändert sich

Die Reformen im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sind im Rahmen des „Starke-Familien-Gesetzes“ im August 2019 in Kraft getreten. Damit wurden die Pauschale für Schulmaterialien von 100 auf 150 Euro pro Schuljahr und der monatliche Teilhabe-Zuschuss von 10 auf 15 Euro angehoben. Das Mittagessen in Kita und Schule sowie der Schultransport sind nun kostenfrei. Nachhilfeunterricht wird gewährt, wenn die Schule den Bedarf bestätigt – und nicht erst bei Versetzungsgefahr. Seit August müssen die Leistungen nicht mehr einzeln beantragt werden. Wenn einmal der Harz-IV-, Wohngeld- oder Kinderzuschlag-Antrag gestellt wurde, können sie nun nach Vorlage des Nachweises, dass sie benötigt werden, abgerufen werden. Den Kommunen ist überlassen, ob sie die Leistungen als Geldzahlung überweisen oder weiterhin an Gutscheinen und der Zahlung an Leistungsanbieter festhalten. Schulen können ab sofort die Kosten für Ausflüge und Klassenfahrten gesammelt beantragen. M. L.

Stark gegen rechts!

// Die GEW hat sich bei einer Tagung in Leipzig deutlich gegen rechts positioniert. Klar wurde: Im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gibt es viele offene Fragen – aber auch viele kluge Antworten. //

Als die Schulklasse, in der rechtes Gedankengut offenbar weit verbreitet ist, eine KZ-Gedenkstätte besucht, kommt es zum Eklat. Die Gedenkstätten-Pädagogin hatte die Schüler gebeten, einen gefalteten Papierkranich an einem Ort ihrer Wahl abzulegen, an dem sie ihrem Gedenken Ausdruck verleihen möchten. Ausnahmslos alle Schülerinnen und Schüler legen ihren Kranich an einem Grab mit der Nummer 88 ab – der Zahlencode für „Heil Hitler“. Der Lehrer, der seine Klasse eigentlich über die Schrecken des Nationalsozialismus aufklären wollte, hatte die Reise offensichtlich nicht gut vorbereitet.

Beispiele wie diese schilderten Professor Rico Behrens und Stefan Breuer vom Lehrstuhl für politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt während der GEW-Konferenz „Haltung zeigen – Demokratie und Courage stärken!“. Rund 120 pädagogische Fach- und Lehrkräfte waren dort für zwei Tage mit Expertinnen und Experten für Rechtsextremismus zusammengekommen, um über pädagogische und gewerkschaftliche Handlungsstrategien zu diskutieren.

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe machte zum Auftakt deutlich, dass die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus nach den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, bei denen die AfD jeweils deutlich über 20 Prozent der Stimmen bekommen hatte, umso notwendiger ist: „Wir befinden uns im Kampf gegen rechts.“

Rechte Alltagskultur

Rechtsextremistische Meinungsmache gebe es mittlerweile in allen Bildungseinrichtungen, die Grenzen des Sagbaren hätten sich verschoben, warnte Tepe. Gewerkschaften würden von Rechtsradikalen in einen Graben gewünscht, der dann zugeschüttet werden solle. Daher müsse Demokratieerziehung heute in der Kita beginnen, in der Schule weitergehen und in den Hochschulen und der Erwachsenenbildung fortgesetzt werden. Die GEW habe bereits Ansprechpartner in den Landesverbänden etabliert und wolle ihr Engagement auf Bundesebene künftig weiter ausbauen. „Wir stehen für Solidarität, Demokratie und Chancengleichheit. Wir treten aus vollem Herzen ein gegen Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“

Dass die Konferenz gerade in Sachsen als einer Hochburg rechter Stimmungen stattfand, war für den DGB-Bezirksvorsitzenden Markus Schlimbach eine Ermutigung. „Man fühlt sich hier manchmal alleingelassen.“ Man spüre im Freistaat, wie sich rechtsextreme Gesinnungen in der Alltagskultur einnisteten: etwa mit dem Wunsch nach „Thor-Feiern“ in der Kita, dem AfD-Beschwerdeportal über Lehrkräfte und einer AfD-Landtagsfraktion in Dresden, die nicht nur 38 Abgeordnete, sondern auch mehr als 200 Mitarbeiter habe. Die Gewerkschaften gehörten da noch zu den wenigen gesellschaftlichen Organisationen, die Haltung zeigen. „Das Nationalistische und Völkische will eine Kultur bestimmen und Andersdenkende einschüchtern“, warnte Schlimbach. „Wir müssen unsere Grenzen deutlich machen.“ Eine Haltung, die den Tenor der Konferenz bestimmte.

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus bedeutet nicht nur, über NS-Verbrechen deren Opfer zu fördern. So wie in Mörfelden-Walldorf bei Frankfurt am Main, wo Schüle Gedenkstein pflegen, der an die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen des Außenlagers des KZ

Doch Haltung zu zeigen und Grenzen deutlich zu machen, kann sehr unterschiedlich aussehen. Mit dem AfD-Pranger zum Beispiel gehe Hamburg sehr ironisch um, in Baden-Württemberg wurden die Webseiten frühzeitig gehackt und in Berlin haben sich die Kolleginnen und Kollegen dort selbst angezeigt, berichtete Anja Besand, Professorin für Didaktik der politischen Bildung an der TU Dresden. In Sachsen dagegen herrschten eher Einschüchterung und Angst vor. Sie habe, so Besand, aus der Lehrerschaft sogar das Argument zu hören bekommen: Man sei lieber vorsichtig, denn man wisse ja nicht, wer nach der Landtagswahl Kultusminister werde.

Vorfälle nicht bagatellisieren

Dabei stehe auch im sächsischen Schulgesetz – wie in allen Bundesländern – ein umfassender Bildungs- und Erziehungsauftrag. Dazu gehörten die Vermittlung der Menschenrechte, die Entfaltung der Persönlichkeit, politisches Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeit und Achtung vor der Überzeugung des anderen – und eben kein Neutralitätsgebot, wie die AfD behauptet. Auch der bis heute gültige Beutelsbacher Konsens aus den 1970er-Jahren fordere zur Kontroverse und Meinungsbildung im Unterricht auf.

Foto: imago images/epd

aufzuklären, sondern auch Empathie mit rinnen und Schüler sowie Studierende den Natzweiler erinnert.

„Schule ist der Ort, an dem wir es versuchen und eine freiheitlich-demokratische Haltung zeigen müssen“, betonte Besand. Allerdings würden Lehrkräfte die Auseinandersetzung mitunter eher scheuen – nicht zuletzt aus Mangel an Erfahrungen, Professionalisierung und Kapazitäten. Dabei gebe es einige Stolpersteine, die Lehrkräfte unbedingt vermeiden sollten. Darunter: Indifferent zu bleiben und die Opfer zu übersehen, sich an einer Normalisierung der Ausgrenzung und Distanzierung indirekt zu beteiligen, übermäßig zu reagieren, umfassende Verbote auszusprechen oder sich vereinzeln zu lassen. Professorin Besand kennt das Dilemma aus ihren eigenen Lehrveranstaltungen: Unter ihren Didaktik-Studierenden sitzen ebenfalls Rechtsextremisten, die sogar gute Leistungen zeigen – und irgendwann an den Schulen unterrichten werden.

Wie aber sollen Lehrerinnen und Lehrer reagieren, wenn sie mit rechtsextremen Einstellungen im Schulalltag konfrontiert werden? Behrens und Breuer haben drei Jahre lang das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ an neun Berufsschulen in Sachsen geleitet und Lehrkräfte im Umgang mit rechtsextremen Äußerungen trainiert. Sie geben ihre Erkenntnisse heute in Workshops und Publikationen weiter. Eine zentrale Regel lautet dabei, Vorfälle nicht zu bagatellisieren oder wegzuschauen. „Wie auch immer eine Reaktion aussieht: Wichtig ist, es gibt überhaupt eine“, sagt Behrens. Hilfreich seien dabei starke, konstruktive Schulleitungen, die eine unterstützende und wertschätzende Rolle einnehmen. Dies galt auch im Fall der Politiklehrerin einer Realschule, die einen Bundestagsbesuch mit einer 9. Klasse ausgerechnet bei einem Abgeordneten des rechten Flügels der AfD organisiert hatte, den sie auch persönlich unterstützte. Die Schulleitung hat die Fahrt kurzfristig gestoppt, weil kein ausgewogenes didaktisches Konzept gewährleistet war.

Vorurteile entkräften

Mehrere Workshops mit Praktikern der politischen Bildungsarbeit gingen in Kleingruppen der Frage nach, welche Handlungsoptionen pädagogische Fach- und Lehrkräfte gegen rechte Hetze haben. Zu den Möglichkeiten, die Dominik Wehner vom Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ vorstellte, zählt, rassistische Parolen überspitzt zu wiederholen mit einem Satz wie: „Meinst du das wirklich so, dass …“ Auch Nachfragen zu behaupteten Vorurteilen sind eine Variante, etwa: „Weißt du das, oder glaubst du das nur?“ Denkbar sei auch, Empathie einzufordern mit einem Hinweis wie: „Stell dir vor, du bist in dieser Situation!“ Bei einem Mix aus Vorurteilen etwa über Flüchtlinge und das Versagen des Staates helfe es, die Aneinanderreihung von Vorwürfen zu durchbrechen und auf nur einem Punkt zu bestehen. In manchen Fällen können auch Ironie, Übertreibungen oder paradoxe Interventionen helfen. Ein kräftiges Wiederholen eines Satzes hilft zudem, eine Situation zu beenden.

„Je klarer man hat, was das Problem ist, umso leichter kann man es lösen“, betonte Lisa Bendiek vom Kulturbüro Sachsen. Zu klären sei: Was ist meine Rolle? Was ist mein Ziel? Dabei gehe es nicht darum, mit jedem Rassisten zu diskutieren, sondern Dritte vor Verletzung und Diskriminierung zu schützen. „Wir vom Kulturbüro raten davon ab, zu versuchen, Nazis zu überzeugen“, sagte Bendiek. „Es geht darum, dass auch andere Positionen zu Wort kommen.“

Eine große Hilfe ist – da waren sich die Diskussionsrunden einig –, Beratung und Unterstützung von außen zu holen. Mittlerweile besteht ein bundesweites Netz von Vereinen und Institutionen, die Hilfe im Umgang mit Rechtsextremen anbieten. Tepes Appell: „Lasst uns untergehakt und rückengestärkt aus dieser Konferenz herausgehen.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Weiterbildung ist mehr als betrieblich-berufliche Fortbildung, sie sollte auch Antworten auf kulturelle, ökologische und politische Veränderungen geben.

Foto: Charles Yunck

Die Schuldenbremse ist eine Bildungsbremse

// „Gute Arbeit in der Erwachsenenbildung – Gewerkschaftliche Anforderungen an die Nationale Weiterbildungsstrategie“: Über dieses Thema haben Ende Oktober 100 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Weiterbildung und Politik in Frankfurt am Main diskutiert. //

Die „schöne neue Arbeitswelt“ hat dunkle Seiten. Bei der Herbstakademie der GEW berichtete Fabian Langenbruch aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) von der Betriebsrätin eines Möbelhauses. Diese habe 50 Kassiererinnen mitteilen müssen, dass ihre Arbeitsplätze durch automatisierte Kassensysteme ersetzt werden. Ihre künftigen Arbeitsplätze seien im Warenlager – „zu schlechteren Bedingungen“. Ob die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS)* der Bunderegierung auf solche Fälle Antworten findet? „Da kann man mit Recht ein Fragezeichen setzen“, sagte Langenbruch.

Was also ist von der NWS zu halten? Sie zielt darauf, Beschäftigte und Arbeitsuchende auf künftige Herausforderungen am Arbeitsmarkt vorzubereiten. Bundesministerien, Kultusministerkonferenz, Bundesagentur für Arbeit sowie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften hatten sieben Monate lang verhandelt und im Juni 2019 ein gemeinsames „Strategiepapier“ veröffentlicht und zehn Handlungsziele formuliert.

Kein Recht auf Weiterbildung

Die Bildungspolitik wolle „präventiv“ vorgehen, sagte Dieter Nittel, Erziehungswissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt. Im Strategiepapier stehe etwa, durchgesetzt von der IG Metall, „dass man Kurzarbeitergeld verbindet mit Weiterbildung“. Davon könnten Beschäftigte in Krisenzeiten profitieren. Bislang handele es sich aber um eine „Absichtserklärung“, die „Arbeitsphase“ beginne erst. Langenbruch betonte, bei einigen Themen habe es einen „Durchbruch“ gegeben, etwa beim Recht auf Nachholen eines Berufsabschlusses, das nun im Strategiepapier stehe. Es sei aber nicht gelungen, das Recht auf Weiterbildung in der NWS zu verankern.

Bernd Käpplinger, Weiterbildungsexperte an der Justus-Liebig-Universität Gießen, kritisierte, dass der Fokus auf betrieblich-beruflicher Weiterbildung liege. Im Strategiepapier sei zudem viel vom digitalen Wandel die Rede. „Es gibt aber auch ökologischen, politischen und kulturellen Wandel.“ Er verwies auf die „Fridays for Future“-Bewegung, die Herausforderungen der Integration und den zunehmenden Rechtspopulismus. Auch mit diesen Themen müsse sich Weiterbildung beschäftigen.

Nach einführenden Vorträgen und Diskussion besuchten die Teilnehmenden eines von fünf Foren, in denen es etwa um Integrationskurse, Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe oder ein künftiges Bundesgesetz zur Weiterbildung ging. In einem Forum setzten sich die Kolleginnen und Kollegen mit dem Thema Beratung auseinander: Zwar gebe es heute – anders als vor 15 Jahren – eine heterogene Beratungslandschaft mit vielen Angeboten, sagte Barbara Lampe vom Berliner Verein Nationales Forum Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung (nfb). Allerdings fehlten ein Berufsprofil und tarifliche Eingruppierungen. Mehrere Teilnehmende erinnerten an die besondere Arbeitssituation von Geringqualifizierten in Branchen wie Logistik, Bau und Gastronomie. Deren Weiterbildung sei „nicht immer im Interesse der Betriebe“, erklärte der Leiter eines Beratungsprojektes aus Hessen. Das bedeute: Wer zur Weiterbildungsberatung gehe, tue gut daran, dies im Betrieb zu verheimlichen, weil der Chef sonst denke, „ich will weg – was ja auch stimmen kann“. Es müsse die Möglichkeit geben, „clandestin zu beraten“, forderte auch Falko Blumenthal vom DGB-Bildungswerk in Düsseldorf.

Die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Elke Hannack betonte, das Strategiepapier enthalte eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen, etwa die bessere Weiterbildungsunterstützung für Hartz-IV-Empfänger. Auch das Aufstiegs-BAföG, das derzeit 160.000 Menschen erhalten, solle ausgebaut werden. Hannack mahnte, dass sich Bund und Länder von der „schwarzen Null“ verabschieden sollten. „Die Schuldenbremse ist auch eine Bildungsbremse.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

*bit.ly/bmbf-nws

Gewerkschaftsfeindlicher Angriff abgewehrt

// Die größte US-Lehrergewerkschaft National Education Association (NEA) hatte damit gerechnet, dass sie aufgrund eines Urteils des Obersten Gerichtshofs von ihren drei Millionen Mitgliedern 200.000 verlieren wird. Stattdessen gewann sie bis März 2019 rund 217.000 neue Mitglieder dazu. //

Der Oberste Gerichtshof der USA hatte im Juni 2018 ein Urteil gefällt, das für die Gewerkschaften nichts Gutes erwarten ließ. Das Urteil, der sogenannte „Janus Case“, revidierte eine Entscheidung aus 1977, nach der die Praxis legitimiert wurde, Gebühren für tarifliche Leistungen von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern zu erheben. Gegner der Gewerkschaften und Aktivisten der Rechten, die finanziell unter anderem von den ultrakonservativen Milliardären Charles und David Koch sowie der derzeitigen US-amerikanischen Bildungsministerin Betsy DeVos unterstützt werden, hatten über Jahre Klagen lanciert und schließlich die Änderung erwirkt. „Es war klar, dass es das Interesse der Lobbygruppen war, Gewerkschaften aus dem Weg zu räumen. Es ist ihr Ziel, das Bildungssystem zu privatisieren und Profite daraus zu ziehen“, sagte Brian Nelson, Präsident der NEA-South Kingston.

Unterbezahlte Lehrkräfte

Dabei werden im Bildungsbereich starke Gewerkschaften gebraucht. In den USA herrscht Lehrkräftemangel. Der Hauptgrund dafür ist offensichtlich: Lehrerinnen und Lehrer sind stark unterbezahlt. Ihr Gehaltsniveau ist im Vergleich zu den Gehältern anderer Hochschulabsolventen wesentlich niedriger. 2018 machte die Differenz 21,4 Prozent aus. Das bedeutet, dass die Entscheidung, nach Abschluss des Studiums zu unterrichten, materiell nicht attraktiv ist.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 werden die Mittel im Schulbereich immer weiter gekürzt. „Wir sollen mit immer weniger Mitteln unterrichten und gleichzeitig anspruchsvollere Leistungskennzahlen bringen“, kritisiert Mittelschullehrerin Joy Kirk aus Virginia. Nach Angaben des Center for Budget and Policy Priorities (CBPP) stellten 29 Staaten 2015 (dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen) weniger Gesamtmittel für öffentliche Schulen zur Verfügung als vor dem Crash von 2008. Diese Entwicklung wird durch die Ausweitung von Schulen in freier Trägerschaft, sogenannte Charter Schools, die als gewerkschaftsfeindlich gelten und bei denen kurzfristige Arbeitsverträge an der Tagesordnung sind, noch verschärft.

Streikbereitschaft nimmt zu

Wer erwartet hatte, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 2018 Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Kraft nehmen würde, sich den Kürzungen und Privatisierungsplänen entgegenzustellen, wurde eines Besseren belehrt. Von den 485.000 Beschäftigten, die sich im vergangenen Jahr an den 20 größten Streiks beteiligten, kamen über 90 Prozent aus dem Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, berichtet das U.S. Bureau of Labor. Seit 2007 ist dies die höchste Zahl an Streiks mit der größten Beteiligung seit 1983 mit damals 533.000 Beschäftigten. Die Proteste der Lehrkräfte trugen dazu bei, dass die staatliche Finanzierung der Schulen in den Bundesstaaten Arizona, North Carolina, Oklahoma und West Virginia, vier der zwölf Staaten, die in den vergangenen zehn Jahren am stärksten gekürzt hatten, erheblich zunahm. In Texas unterzeichnete der republikanische Gouverneur Greg Abbott im Februar 2019 ein Fünf-Milliarden-Dollar-Finanzpaket für Schulen, das auch Gehaltserhöhungen für das Lehrpersonal beinhaltet.

Die Gewerkschaften in den USA stehen grundsätzlich nicht gut da. Nur 10,5 Prozent der Beschäftigten waren 2018 Mitglied in einer Gewerkschaft. Es gibt jedoch große Unterschiede zwischen privatem und öffentlichem Sektor: Sind im öffentlichen Bereich 33,9 Prozent der Beschäftigten organisiert, beträgt die Quote im privaten Bereich gerade einmal 6,4 Prozent. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs sollte das ändern. „Es gab Ängste, dass Janus uns spalten würde“, sagte Diana Abasta, die Präsidentin der Burbank Teachers Association, die mit NEA verbunden ist. „Ich glaube, es hatte den gegenteiligen Effekt. Als Gewerkschaft stehen wir zusammen wie eh und je.“

Hermann Nehls,
DGB-Gewerkschaftssekretär im Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik

Foto: picture alliance/ZUMA Press

Die US-Lehrergewerkschaft NEA sieht sich seit langem den Angriffen von Lobbygruppen ausgesetzt. Deren Ziel ist es, das Bildungssystem zu privatisieren und Profite daraus zu ziehen. Doch die Gewerkschaft hat sich erfolgreich gewehrt.

Lohnende Investitionen

// Die bundesweite „GEW in Bildung unterwegs“-Tour* hat die Vorsitzende Marlis Tepe jüngst an die Martin-Luther-Universität in Halle in Sachsen-Anhalt und an die Nibelungen Realschule plus in Worms (Rheinland-Pfalz) geführt. Themen waren die Probleme des Lehramtsstudiums in Zeiten des Lehrkräftemangels sowie der Sanierungsbedarf der Schulgebäude. //

Rheinland-Pfalz: Gelungene Sanierung

Etwas mehr als einen Steinwurf vom Rhein entfernt steht in Worms die Nibelungen Realschule plus. „Bis 2022 will die Stadt 14 Millionen Euro in die Sanierung der fast 120 Jahre alten Schulgebäude stecken“, informiert Baudezernent Uwe Franz Marlis Tepe. Von dem, was die GEW-Vorsitzende bei ihrem Rundgang durch die Schule sieht, ist sie sichtlich angetan: Schallschutzdecken sorgen für eine bessere Akustik, Heizung und Licht regulieren sich automatisch, WLAN kann künftig bei Bedarf im Unterricht jederzeit aktiviert werden.

Foto: Martin Leissl

Noch sind die Bauarbeiten an der Nibelungen Realschule plus in Worms (Rheinland-Pfalz) nicht abgeschlossen. Bis 2022 will die Stadt 14 Millionen Euro in die Sanierung der fast 120 Jahre alten Schulgebäude stecken.

Die Realschule plus gibt es nur in Rheinland-Pfalz. „Unter der Bezeichnung wurden mit dem Schuljahr 2009/10 alle Haupt- und Realschulen zusammengeführt“, erläutert Klaus-Peter Hammer, Landesvorsitzender der GEW.
Tepe erinnert daran, dass sich die GEW früh dafür eingesetzt habe, Ländern und Kommunen dauerhaft mehr Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen: „Die Qualität der Schulinfrastruktur darf nicht von Reichtum oder Armut einer Kommune abhängen. Nur dann haben Kinder gleiche Chancen.“

Norbert Glaser,
freier Journalist

www.gew.de/weiter-denken/tour

Sachsen-Anhalt: Fehlende Studienplätze

Der neue Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität in Halle vermittelt den Eindruck einer heilen Studienwelt: Auf dem Gelände stehen moderne Gebäude neben sanierten Klinkerbauten. Die Bibliothek ist jeden Tag bis 24 Uhr geöffnet – und das scheint auch dringend nötig. Lehramts-Studierende eines Grundschulseminars berichteten der GEW-Vorsitzenden Tepe von schwierigen Studienbedingungen. Weil es nicht genug Angebote gebe, sei es ihnen kaum möglich, das Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren.
In Sachsen-Anhalt fehlen für die reguläre Unterrichtsversorgung nach GEW-Berechnungen akut etwa 1.000 Lehrkräfte. Mehr als jede zehnte Unterrichtsstunde könne dieses Schuljahr nicht regulär erteilt werden, befürchtet die Landesvorsitzende Eva Gerth. Sachsen-Anhalt steuert mittlerweile gegen und erhöhte in Halle, wo der größte Teil des Lehramtsnachwuchses ausgebildet wird, die Zahl der Erstsemesterplätze von etwa 550 auf mehr als 800. Doch die Lehrkapazitäten wuchsen nicht im selben Maß mit. Für den Ausbau der Lehramtsausbildung seien der Universität zwar 68 Stellen bis zum Jahr 2027 zugebilligt worden, berichtet Universitätsrektor Christian Tietje – diese seien jedoch alle nur befristet. Tepe fordert von der Politik vor allem mehr dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse. Die Ausbildung von mehr Lehrkräften müsse weiter ausgebaut werden.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Foto: Sebastian Willnow

Die Studienwelt an der Martin-Luther-Universität in Halle (Sachsen-Anhalt) ist nur auf dem ersten Blick idyllisch. Vor allem Lehramtsstudierende klagen über schwierige Studienbedingungen.

Geschichte der Landschulen

(E&W 10/2019, Seite 30 f.: 100 Jahre Grundschule: „Grundlage einer funktionierenden Demokratie“)

Es gibt auch ein bedeutsames „noch davor“: Wie sich in deutschen Landen „Schule“ vor 1918 von der „Kirchenschule“ über den Zwischenweg „Gemeindeschule“ zur (obrigkeitsstaatlichen) „Staatsschule“ entwickelt hat, recherchierte und beschrieb Harm Prior – mit Fotos, Zeichnungen, Originaltextausschnitten unterhaltsam und anschaulich bereichert – exemplarisch. Für an Schulgeschichte Interessierte sehr empfehlenswert:

Harm Prior: Sozialgeschichte der Landschule von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg. Beiträge zur Geschichte und Kultur des Elbe-Weser-Raumes, Bd. 2, 2005

Rudolf Abrams, Rosengarten

Kultur ist mehr als Kunst

(E&W 11/2019, Seite 2: „Die Künste ernst nehmen“)

Den Beitrag von Olaf Zimmermann habe ich mit Interesse und weitgehend mit Zustimmung gelesen. Gestutzt habe ich dann aber an der Stelle, an der er als Gegenstand der kulturellen Bildung die Künste bezeichnet. Müsste es bei dem, was ihm unter kultureller Bildung vorschwebt und auch den meisten folgenden Beiträgen zu dem Thema zugrunde liegt, dann nicht zutreffender „Kunst-Bildung“ heißen? Die muss es ganz gewiss auch geben mit den Inhalten, Zielen und Einschränkungen, die der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates beschreibt. Kulturelle Bildung aber müsste doch ausgehend vom Kultur-Begriff wesentlich umfassender sein, wenn ich etwa unter Kultur eine bestimmte Art und Weise sowie das Niveau aller Lebensformen einer Gesellschaft (also nicht nur der Kunst) verstehe.

Peer Kösling, Kahla

Nur ökonomische Metaphern

(E&W 11/2019, Schwerpunktthema „Kulturelle Bildung)

Ich war hoch erfreut, dass Sie sich entschieden haben, die E&W dem zunehmend in Bedrängnis geratenen Thema der kulturellen Bildung zu widmen. Leider muss ich nun feststellen, dass Sie neben einigen interessanten Aspekten, kulturelle Bildung hauptsächlich im Argumentationskreis von Selbstoptimierung und performativen Skills lokalisieren, was den Wert kultureller Bildungsinitiativen letztlich degradiert. Kulturelle und künstlerische Initiativen in Schule und Hochschule gehören zu den letzten Bastionen eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses, das auch Aspekte wie Persönlichkeitsbildung adressiert. Schule und Hochschule agieren zunehmend im Bereich des „Kompetenzgewinns“, was eine ökonomische Metapher wie die des „Humankapitals“ impliziert, gegen deren Vormachtstellung sich kulturelle und künstlerische >>>

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

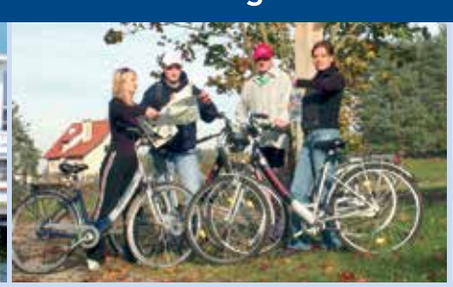
Masuren mit Rad und Schiff

Geführte Reise durch das Naturparadies Masuren

8-tägige Rad- und Schiffsreise

Anreise wöchentlich samstags vom 23.05. bis 05.09.2020

ab € 945,-
p. P. Hauptdeck Doppelkabine / Hauptdeck Doppelkabine zur Alleinbenutzung zzgl. € 395,- p. P.



Dunkle Wälder, glitzernde Seen und die Zeugnisse einer mehr als 700-jährigen Geschichte begleiten Sie auf dieser Reise. Sie sehen Burgen, trutzige Wehrkirchen und einsame Bauernhöfe und radeln durch Naturreservate, in denen Biber und Störche heimisch sind. Während Sie Masuren per Rad entdecken, erwartet Sie bereits die Besatzung unseres Hotelschiffes. Sie wohnen auf der MS CLASSIC LADY, einem kleinen Passagierschiff mit Panoramarestaurant und Sonnendeck. Auf der „Fünf-Seen-Route“ können Sie die zauberhafte Seenlandschaft auch einmal vom Schiff aus bewundern.

Highlights:
- Naturparadies Masuren
- Fahrt mit dem Stocherkahn
- Fünf-Seen-Route per Schiff

Anreise nach Warschau per Zug oder Flug auf Anfrage.

Das beinhaltet unsere Reise
- Transfer Warschau-Schiff-Warschau (ohne Radtransport)
- 7 x Übernachtung in Kabine mit DU/WC
- 7 x Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- deutschsprachige Reisebegleitung
- Eintritte und Besichtigungen: Wolfsschanze inkl. Führung, Feste Boyen, Heimatmuseum in Zondern, Schäferei, Tarpan-Station in Popiellnen, Philipponen-Kloster
- Fähr- und Stocherkahnfahrt
- Hafen-, Schleusen- & Brückensteuern
- Informationsmaterial (1 x pro Kabine)

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

>>> Lehrinitiativen behaupten müssen. Im Bereich der kulturellen Bildung, kann es nicht allein um Wissensreproduktion, also das schiere Auswendiglernen von Powerpoint-Folien, sondern es muss immer um einen kollektiven Wissensgenerierungsprozess gehen, der zusehends aus den Schulen und Hochschulen verschwindet, obgleich er in unserer schnelllebigen Zeit notwendiger denn je einzuüben wäre. Was künstlerische Perspektiven auszeichnet, ist zudem die Notwendigkeit einer Wahrnehmungsschule (für mich, für den anderen und die Situation, in der wir uns gemeinsam befinden). Diese bildet gleichsam einen Möglichkeits- oder Alternativsinn für den Status quo aus, der im gegenwärtigen Bildungssystem so bedauernswert unterrepräsentiert ist und der eine Verständigungskultur zwischen einander fremden Bereichen (wie Wissenschaft und Kunst) und Wissensformen, die einander nicht verstehen, zu Tage fördert, von der wir gesamtgesellschaftlich profitieren würden. Darüber hätte ich gerne mehr gelesen.

Anna Seitz, Bremen

Arbeitszeitverkürzung wichtig

(E&W 11/2019, Seite 20: „Acht Stunden sind kein Tag“)

Mit großer Freude habe ich den tarifpolitischen Beitrag von Jürgen Amendt gelesen. Es würde mich freuen, wenn die GEW endlich einmal das Thema Arbeitszeitverkürzung in den Blick nimmt. Ein solches Engagement konnte ich allerdings in den vergangenen Jahren nicht feststellen, bei den Tarifauseinandersetzungen ging es immer nur um Lohnerhöhungen (und Gleichstellungen, das ist ja auch okay – ich bin ja selbst angestellter Lehrer). Ich fand das zuletzt sehr frustrierend, dass die Gewerkschaft auf dem 35-Stunden-Auge blind geworden zu sein schien. Aus diesem Grund, war ich bei den jüngsten Streiks auch nicht mehr motiviert, teilzunehmen. Wenn sich da jetzt mal was ändern sollte, kann ich das nur begrüßen und unterstütze das sehr.

Michael Prescher, Köln

Viele resignieren

(E&W 11/2019, Seite 22 f.: „Die Ruhe nach dem Sturm?“)

Dass es um den Lehrkräftemangel ruhiger geworden ist, muss wirklich überraschen. Es kann nur an Resignation liegen. Soeben besuchte ich Freunde in Süddeutschland. Die erzählten, ihr Sohn (Lehrer) wurde in einen Stadtrat gewählt, und er wollte daraufhin die Stundenzahl verringern – wurde aber nicht bewilligt. Begründung: Lehrermangel!

Ob Ruhe oder Resignation, der Zustand muss doch eigentlich der Bevölkerung unerträglich werden, denn der Lehrermangel ist der Grund für den angeblichen Fachkräftemangel! Politiker nehmen nie wahr, welche Probleme sie hinterlassen, die lenken eher auf Randursachen, falsche Gründe oder andere Schuldige ab. Es hört sich immer so an, als gebe es in vielen Bereichen – von Gastronomie bis Mathelehrer – nicht genügend Menschen. Aber das stimmt nicht: Die Personen wären da, nur sind viele nicht gut genug ausgebildet. Schaut doch nur mal auf das Poster oben rechts auf S. 47: Wieso heißt es da nicht „I love Prague“? (Anm. d. Red.: Gemeint ist auf S. 47 eine Anzeige des Reiseanbieters „Agaria Tours“ mit der Aussage: „I love Prag“). Sollte das ein Witz sein? Oder ein realistisches Beispiel eben des Zustandes, in dem unsere Schülerinnen und Schüler mit Gelerntem umgehen? Im Beruf sind sichere Kenntnisse Voraussetzung, aber nicht mehr nachholbar.

Heißt andersherum: Mit einem Personalschlüssel, den unsere Kinder eigentlich verdienen, würde man zwei große gesellschaftliche Probleme lösen!

Albert Martin Steffe, Hamburg

Verkürzter Bildungsbegriff

(E&W 11/2019, Seite 26 f.: „OECD schweigt zur deutschen Bildungsmisere“ und Seite 28: „Keine Zeit zum Ausruhen“)

Seit langer Zeit irritiert mich die Lektüre der E&W. Ich gehe seit über 40 Jahren davon aus, dass ich Vertreter einer „Bildungsgewerkschaft“ bin und dass es inhaltlich primär darum geht, sich für bestimmte Vorstellungen von Bildung zu engagieren. Damit keine Missverständnisse entstehen: Natürlich spielt Bildung an bestimmten Punkten auch für die Wirtschaft eine Rolle, und natürlich geht es in einer Gewerkschaft auch um ökonomische Aspekte, wie etwa Eingruppierungen, Bezahlung der Bildungsarbeiterinnen und -arbeitern etc. Aber das Ganze sollte doch auf der Grundlage eines bestimmten Bildungsbegriffes geschehen.

Da landen wir natürlich wieder bei der Ökonomie. Aber in einem ganz anderen Sinne. Es ist Fakt, dass Bildung bei uns längst von den transnationalen ökonomischen Playern definiert wird (vgl. z.B. H. Renz-Polster, R. D. Precht u.v.a.). Dass unsere eigentlichen Bildungsminister zum Beispiel Stiftungen wie Bertelsmann, McKinsey und viele andere sowie deren Manager sind. Dass Bildung im Wesentlichen als Produktion von Humankapital verstanden und auf Ausbildung sowie arbeitsmarkttechnische Vorgaben verkürzt wird. Abgesehen von Tariffragen etc. sollte es daher Aufgabe der GEW sein, Gegenwehr gegen solche Bildungsvereinnahmung zu organisieren.

Leider finde ich davon so gut wie nichts in den Beiträgen der E&W. Symptomatisch dafür ist die Ausgabe 11/2019, speziell der Beitrag zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Kommentar der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe. Warum richtet sich die GEW immer wieder zentral auf Stichpunkte wie PISA und Co. aus? Lässt deren Vertreter ausgiebig zu Wort kommen. Oder bezieht sich auf Bildungsberichte der OECD? Ist denn noch nicht angekommen, dass etwa die OECD keine Bildungs- sondern eine Wirtschaftsorganisation ist, die unter anderem auch zentral dafür zuständig ist, die Bildung in ihren Mitgliedsländern möglichst wirtschaftsförmig zu gestalten? Warum also richten wir uns immer und immer wieder an solchen Institutionen aus, statt ihnen den Kampf anzusagen? Wir spielen hier permanent im Orchester einer nahezu rein ökonomisch ausgerichteten Bildung mit.

Natürlich hat eine Bildung, für die wir kämpfen sollten, auch ihren Preis, womit wir wieder bei ökonomischen Fragen wären. Das allerdings bedeutet eine ganz andere Ebene ökonomischer Auseinandersetzung als die dauernden

In eigener Sache

Im Vorspann des Beitrags „Jedes Kind kann etwas“ (E&W 11/2019, S. 7) ist die Tatsachenbehauptung der E&W-Redaktion „Wie man Kinder aus unterprivilegierten Familien für Kunst und Musik, Archäologie und Theater begeistern kann, zeigen zwei Berliner Schulen“ sachlich nicht korrekt. An diesen Schulen werden Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten unterrichtet. Ich bitte, den Fehler zu entschuldigen. Gleichzeitig bitte ich um Entschuldigung für die Verwendung des Begriffs „unterprivilegiert“, den wir üblicherweise in diesem Kontext nicht verwenden, weil er stigmatisierend verstanden werden kann. Die Autorin des Artikels hat den Sachverhalt in ihrem Beitrag korrekt dargestellt.

Ulf Rödde, Redaktionsleiter der E&W

Ausrichtungen an PISA, OECD-Bildungsberichten und ähnlichem.

Fritz Köbler, Höchstadt/Aisch

Benachteiligung

(E&W 11/2019, Seite 40 f.: „Das A13-Mikado“)

In dem Artikel wird berichtet, wie sieben Bundesländer durch eine Entlohnung aller Schularten nach A13/E13 auf dem Weg zur Abschaffung der Zwei-Klassen-Besoldung seien – und die anderen Länder sich bisher hartnäckig verweigern. Wie so oft wird dabei ausgeblendet, dass die Gleichsetzung der Tabellen A (für Beamtinnen und Beamte) und E (für Angestellte) gut klingt, aber regelrecht das Fundament der Zwei-Klassen-Gesellschaft im öffentlichen Dienst darstellt. A13 und E13 sind nicht im Ansatz gleich! Zusammen mit den dazugehörenden Diskriminierungen der Angestellten in der Alters- sowie der Krankenversorgung ergeben sich mitnichten gleiche Bedingungen oder auch nur der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit. Die GEW muss hier eine ehrliche Gleichstellung anstreben und darf die zweitklassige Behandlung der Tarifbeschäftigten nicht immer achselzuckend zur Kenntnis nehmen.

Matthias Gieska, Sehnde

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Ihre Anzeige in der E&W:
- Eine klare Zielgruppe erreichen
- Auflagenhöhe von über 270.000
- Zielgerichtet erfolgreich werben
- Attraktives Umfeld für Ihre Werbung

Kontaktieren Sie uns!
0201/84300-0
anzeigen@stamm.de

GR-Samos, Fam. Taleporou
verwöhnt Sie - 8 DZ & super Frühstück:
www.pension-ermioni-samos.de
oder traumhaftes Ferienhaus in den Bergen:
www.haus-agapi-samos.com

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10

Insel Rügen: Ferienwohnungen in Putbus für 2 bis 4 Personen: ruhig, sonnig, Natur pur; **Tel. 038301 60289**, **www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!
Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **Hamburg**
5 Tage inkl. Prog. mit Stadtrundfahrt
ab **85,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann